Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa

AdB-Jahresthema 2013

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Herausgeber

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

© AdB Berlin, 2013

Zu dieser Publikation

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten steht im Jahr 2013 unter dem Motto „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa". Der AdB ist überzeugt, dass das „Gemeinschaftsprojekt Europa" nur gelingt, wenn es demokratisch und bürgernah gestaltet ist. Viele Entwicklungen der letzten Jahre aber – wie z. B. die Finanz- und Schuldenkrise, das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen, die Einschränkung der Pressefreiheit in einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch Korruption und Klientelpolitik – untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das „Projekt Europa". Für die politische Bildung bedeutet dies, sich den aktuellen Fehlentwicklungen zu widmen und einer politikverdrossenen europäischen Bürgerschaft Möglichkeiten aufzuzeigen, sich einzumischen und den europäischen Prozess mitzugestalten.

Einen ersten Auftakt zur Auseinandersetzung mit dem Thema gab es im November 2012 in Weimar. Auf einer gut besuchten Fachtagung standen Probleme der Demokratieentwicklung in den europäischen Institutionen wie in einzelnen Mitgliedsstaaten der EU im Mittelpunkt der Diskussion. Zahlreiche AdB-Mitgliedseinrichtungen nutzten die Gelegenheit, Beispiele europapolitischer Bildung aus ihrer praktischen Arbeit vorzustellen und mit Fachreferenten und Teilnehmenden unterschiedliche politische Konzepte zur Demokratieförderung in Europa zu diskutieren.

Erste Ergebnisse der Fachtagung stellen wir in dieser Broschüre vor. Der hier dokumentierte Tagungsbericht informiert über Vorträge, Diskussionsprozesse und Arbeitsgruppenergebnisse. Die Stellungnahme der Mitgliederversammlung zum Jahresthema ist ebenfalls abgedruckt.

Im Zentrum der vorliegenden Publikation aber stehen die AdB-Mitgliedsinstitutionen mit ihren Bildungsangeboten. Wir möchten sichtbar machen, wie die Bildungsstätten und Bildungsträger das Jahresthema „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa" aufgreifen und umsetzen. Zahlreiche Beispiele beschreiben, wie die abstrakte Metaebene politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen mit der Mikroebene politischer Bildungspraxis in Verbindung gebracht werden kann und Jugendliche wie Erwachsene mit politischer Bildung zu Europa erreicht werden können. Mit ihrer Arbeit gelingt es den AdB-Mitgliedseinrichtungen, die „großen" europäischen Themen mit der Lebenswelt der Teilnehmenden zu verknüpfen und ihnen mit Engagement, fachlicher Qualität und viel Spaß eine schwierige Materie zu vermitteln.

Wir bedanken uns bei allen Einrichtungen, die uns ein Beispiel aus ihrer Bildungspraxis zur Verfügung gestellt haben. Sie vermitteln einen großartigen Eindruck von der Vielfalt der politischen Bildungsarbeit im AdB und geben allen Leserinnen und Lesern Anregungen für ihre eigene Arbeit.

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender des AdB

Ulrike Steimann
stellvertretende Vorsitzende des AdB

Broschüre zum AdB-Jahresthema 2013

Inhalt

6 Stellungnahme des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2013

7 Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa
Bericht über die AdB-Fachtagung

14 Ist Ungarn überall?
Merkmale und Entwicklungen der Demokratiegefährdungen in Europa
Auszug aus dem Vortrag von PD Dr. Claudio Franzius

18 Beispiele aus der Bildungspraxis der AdB-Mitgliedseinrichtungen

Akademie für Politische Bildung Tutzing
18 Strategien und Argumente gegen politischen Extremismus
Workshops an der Akademie für Politische Bildung Tutzing

aktuelles forum nrw
21 Eine Stimme in Europa
Die European Internet Newspaper For Young People

Anne Frank Zentrum e.V.
24 Memory Walks
Ein neues Filmformat des Anne Frank Hauses

Bildungsstätte Anne Frank
27 Menschen. Rechte. Aktiv.
Vernetzt für ein Miteinander ohne Diskriminierung

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.
29 Active Citizenship
Ein multilateraler Jugendaustausch über demokratische Beteiligung und Engagement von Jugendlichen in Europa

Europa-Haus Marienberg
32 Was bedeutet es Europäer zu sein?
Jugendliche können Europa besser

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.
36 Innere und äußere Sicherheit in Europa
Ein Seminar für Polizistinnen und Polizisten

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
39 „Rosa & Karl“
Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus

Studienhaus Wiesneck
42 Eine Rente für alle?
Workshop zur Gestaltung einer europäischen Sozialpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene

45 Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Ein Überblick

46 Mitglieder des AdB
Adressenverzeichnis

Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa
Stellungnahme des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2013

Der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon soll ein demokratisches und transparentes Europa schaffen, in dem das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente mehr Einflussmöglichkeiten haben, und in dem die Bürgerinnen und Bürger sich mehr Gehör verschaffen können. Dieses Vertragswerk trug dazu bei, dass auf europäischer Ebene die parlamentarische Demokratie und damit das Europaparlament durch Kompetenzerweiterung formal gestärkt werden konnten. Gleichzeitig vollzieht sich der Abbau von Demokratie und Bürgerrechten in einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Vorgabe im Lissabon-Vertrag, dass eine Million Bürger/-innen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten mit einer „Bürgerinitiative" der Europäischen Kommission politische Vorschläge unterbreiten kann, bleibt weit hinter den Erwartungen an eine lebendige Demokratie in Europa zurück: Dies spiegelt das Misstrauen der EU-Institutionen gegenüber zivilgesellschaftlicher Mitwirkung wider und macht auf einen dringend abzustellenden Mangel an Partizipation auf europäischer Ebene aufmerksam.

Demokratie entwickelt und festigt sich, wenn sie als zukunftssichernde Staats- und Lebensform für alle Menschen erfahrbar ist. Die Finanz- und Schuldenkrise führt zu sozialen Erosionsprozessen und verhindert diese Erfahrung. Rechtspopulistische Bewegungen in ganz Europa stellen Minderheitenrechte infrage. Vielfach wird die Pressefreiheit massiv eingeschränkt, das Wahlrecht zum Nachteil kleinerer Parteien und der Opposition einschneidend verändert oder durch Korruption, Klientelpolitik und egoistische Engstirnigkeit die verfasste Demokratie ad absurdum geführt.

Bemerkenswert ist, dass in Deutschland bereits mehrfach das Bundesverfassungsgericht angerufen wurde, um wegen der Einrichtung von „Rettungsschirmen" und „Stabilitätsfonds" die verfassungsmäßige Beteiligung des Deutschen Bundestages am Zustandekommen dieser Verträge zu prüfen und so die nötige Rechtssicherheit herzustellen.

Jürgen Habermas kritisiert zu Recht, dass „in noch nicht dagewesener Weise gewählte Regierungen so umstandslos durch Vertrauenspersonen der Märkte ersetzt worden sind", wie es aufgrund der Euro-Krise in Italien und Griechenland geschah: Eingesetzte Expertengremien greifen in die Hoheitsrechte demokratisch gewählter Regierungen ein und entscheiden über das Wohl und Leid von Volkswirtschaften und Gesellschaften.

Der AdB als bundesweiter Fachverband der politischen Bildung sieht diese Entwicklungen mit Sorge, denn sie engen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern weiter ein und tragen nicht zur Umsetzung der Ziele des Lissabon-Vertrages zur Schaffung eines demokratischen Europas bei.

Der Aufbau eines demokratischen Europas gelingt nur, wenn die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls demokratisch konstituiert sind, demokratisch handeln, Menschenrechte und Menschenwürde achten sowie Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung in ihrem Land und in Europa beteiligen. Politik ist für Bürgerinnen und Bürger das einzige Mittel, um über gemeinschaftliches Handeln auf das Gemeinwesen einzuwirken.

Die politische Bildung wird sich daran beteiligen, sinkende Wahlbeteiligungen, rückläufiges Engagement in Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, politische Entfremdung, Apathie, Unzufriedenheit und Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger zu thematisieren, zur Mitwirkung zu befähigen und daraus entstehende Forderungen nach stärkerer Partizipation an die nationale und europäische Politik zu adressieren.

Die zunehmende Bedeutung der europäischen Ebene bedarf in der politischen Bildung ebenfalls einer stärkeren Beachtung. Obwohl keine internationale Organisation demokratischer ist als die Europäische Union, muss das Bewusstsein für die EU als politische Gemeinschaft gestärkt werden, um die Transnationalisierung als demokratisches Projekt zu gestalten. Die EU ist nicht nur die Summe ihrer Mitgliedsstaaten, sondern auch die ihrer Bürgerinnen und Bürger. Politische Bildung ist an dem Prozess beteiligt, daraus politische Forderungen zur Stärkung einer lebendigen Demokratie in Europa abzuleiten, wie z. B. ein verändertes Wahlrecht, Elemente der direkten Demokratie oder die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Beschluss der Mitgliederversammlung
des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten
vom 28. November 2012 in Weimar.

Boris Brokmeier, AdB, im Gespräch mit der Referentin Irene Hahn-Fuhr, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa
Bericht über die AdB-Fachtagung im November 2012

In der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar veranstaltete der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten vom 27. – 28. November 2012 den Auftakt zum Jahresthema unter dem Titel „Freiheit, schöner Götterfunken - Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa". Probleme der Demokratieentwicklung auf der Ebene der europäischen Institutionen und in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, politische Konzepte zur Demokratieförderung in Europa und Beispiele europapolitischer Bildung in der Praxis der AdB-Mitgliedseinrichtungen waren die inhaltlichen Schwerpunkte. Mit der Veranstaltung sollte die Diskussion über ein für die politische Bildung aktuell wichtiges Thema eröffnet werden, das der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten im Jahr 2013 in den Mittelpunkt weiterer Aktivitäten stellen will.

Den Aufschlag machte PD Dr. Claudio Franzius von der Universität Hamburg, der in seinem Vortrag „Ist Ungarn überall? Merkmale und

Entwicklungen der Demokratiegefährdungen in Europa“ dafür plädierte, den zu beobachtenden Demokratiegefährdungen in der EU auf verschiedenen Ebenen zu begegnen. Die Demokratie in Europa könne sich nicht mehr allein über die einzelnen Mitgliedsstaaten legitimieren, es sei notwendig, auch auf der Ebene der EU eigene demokratische Instrumentarien zu entwickeln und die Bürger/-innen an den politischen Entscheidungen zu beteiligen. Je mehr die EU eigene Herrschaftsgewalt ausübe, desto stärker sei sie auf eine eigene demokratische Legitimation angewiesen. Die Demokratie in den Mitgliedsstaten sei allerdings Voraussetzung für die Demokratie in der EU, deshalb dürften ihre Gefährdungen der EU nicht gleichgültig sein. Die Instrumentarien zum Schutz dieser EU-Demokratie seien indes nur schwach entwickelt. Ohne den effektiven Schutz der Unionsbürgerrechte in den Mitgliedsstaaten sei eine transnationale Demokratie nicht möglich, diese erfordere jedoch nicht unbedingt eine stärkere Integration Europas hin zu einem Europäischen Bundesstaat. Franzius empfahl kurz- und langfristige Maßnahmen zur Demokratiesicherung in Europa. Man solle vor allem auf innerstaatliche Lösungen setzen und nicht von außen Druck ausüben. Die Grundwerte der Europäischen Union, formuliert in Artikel 2 des Unionsvertrags, seien bindend nicht nur für die Union, sondern auch für ihre Mitgliedsstaaten. Sie begrenzten nationalistische Politik, und diese Grenze könne von den Bürger/-inne/-n für „eigenmotivierte“ Sicherungen der Demokratie aktiviert werden. Ansonsten gebe es nur schwache Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Grundrechtsverletzungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Hauptverantwortung liege bei den nationalen Institutionen. Der Ausschluss eines Mitgliedsstaates aus der Union sei im Vertrag nicht vorgesehen. Franzius empfahl, die Institutionen der EU zu demokratisieren, u. a. das Europäische Parlament durch ein Initiativrecht aufzuwerten und die EU-Kommission durch das Europäische Parlament wählen zu lassen. Die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Parteien müssten gestärkt, die Möglichkeiten transnationaler Bürgerbeteiligung durch die bereits eingeführte Europäische Bürgerinitiative genutzt und erweitert werden. Non-Profit-Organisationen sollten bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen ebenso berücksichtigt werden wie die großen Lobby-Verbände, die auf die Politik der EU-Kommission in Brüssel erfolgreich Einfluss zu nehmen versuchten.

Diskussion in einer Arbeitsgruppe

Wie die EU die Demokratie in den europäischen Staaten fördert und welche Interessen und Spielräume dabei die deutsche Außenpolitik hat, erläuterte Irene Hahn-Fuhr, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, in dem zweiten Vortrag auf dieser Veranstaltung. Sie konzentrierte sich dabei auf die übergeordneten Konzepte, die der Demokratieförderung durch die EU zugrundeliegen. Die deutsche

Außenpolitik sei wesentlicher Bestandteil der EU-Außenpolitik und präge diese maßgeblich. Die EU-Außenpolitik war herausgefordert durch die Transformationsprozesse in den postsozialistischen Staaten und aus friedenssicherndem, aber auch ökonomischem Interesse an einer Stabilisierung der verschiedenen europäischen Regionen interessiert. Fördern und Fordern war das Prinzip, das die externe Demokratieförderung der EU-Außenpolitik bestimmte. Der baldige Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten zur EU sollte deren Demokratisierung gewährleisten, war doch damit die Übernahme des EU-Regelwerks verbunden. Das Geld floss in den Aufbau von Infrastrukturen, der Zeitdruck ließ kaum Möglichkeiten für den gleichzeitigen Aufbau einer demokratischen Kultur. Vorrangig Sicherheitsinteressen bestimmten die Demokratieförderung in den südosteuropäischen Staaten, die (noch) nicht Mitglieder der EU waren/sind. Hier unterstützte die EU die Reform der Polizei und Maßnahmen zur Kontrolle von Flüchtlingsbewegungen, was einen Verlust an Glaubwürdigkeit in diesen Staaten zur Folge hatte. Der auf Initiative Polens von der EU eingerichtete Demokratiefonds, mit dem prodemokratische Akteure in Drittstaaten unterstützt werden sollen, aber auch die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Arbeit der politischen Stiftungen werden von den Regierungen und den Gesellschaften der betroffenen Länder als externer Eingriff verstanden und skeptisch betrachtet, so das Ergebnis einer Studie. Die externe Förderung von Demokratieentwicklung habe schließlich auch zur Folge, dass vordem ehrenamtliches Engagement der Akteure in eine bezahlte Tätigkeit führt, die in Form einer politischen Dienstleistung nicht mehr als eigenständige demokratische Entwicklung aus der eigenen Gesellschaft heraus wahrgenommen wird. Externe Förderung dieser Gruppen erzeugt eher Misstrauen, die von außen unterstützten Akteure werden als „Agenten" wahrgenommen.

Ob sich durch das Konzept des Active Citizenship die Demokratie in Europa stärken lässt, war eine Frage, die im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion auf der Veranstaltung stand, an der Manfred von Hebel, Jugend für Europa, Bonn, Dr. Hendrik Otten, IKAB, Bonn, Dr. Christine Pütz, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, und Györgyi Toth, Active Citizenship Foundation, Ungarn/DARE, teilnahmen. Georg Pirker, der das Podium moderierte, wies einleitend darauf hin, dass es sich bei Active Citizenship um ein nicht endgültig definiertes fluides Konzept handele, das im Zusammenhang mit diversen EU-Bildungsprogrammen zum Lebenslangen Lernen eine Rolle spiele, ohne dass eigentlich klar sei, was damit konkret angestrebt werde. Active Citizenship sei verbunden mit Begriffen wie u. a. Partizipation, bürgerschaftliches Engagement und gelte als Mittel bei der Bewältigung des sozialen Wandels und zum Abbau von Demokratiedefiziten.

Engagierte Diskussion im Plenum

Podiumsdiskussion zum Thema „Active Citizenship“: Dr. Hendrik Otten, Dr. Christine Pütz, Georg Pirker

Györgyi Toth, die als Menschenrechts- und Frauenrechtsaktivistin in Ungarn arbeitet, betonte, dass sie mit ihren Bildungsaktivitäten im Bereich Active Citizenship nicht nur auf Einstellungsveränderungen, sondern auch auf das Handeln der Beteiligten ziele. Man habe sich in Ungarn nach der Wende 1989 über die neuen Freiheiten gefreut, bald aber mit der neuen Pluralität gehadert, behinderte doch die Meinungsvielfalt die Durchsetzung schneller Lösungen für die Vielzahl der zu bewältigenden Probleme. Bei den Versprechungen der Demokratie dürften auch die schwierigen Aspekte demokratischen Lebens nicht vernachlässigt werden. Györgyi Toth musste feststellen, dass nach dem Beitritt ihres Landes zur EU das externe Interesse an der Arbeit von Menschenrechtsaktivisten in Ungarn schlagartig nachließ, Kontakte abbrachen und bisherige Kommunikationswege nicht mehr genutzt wurden. Untersuchungen hätten ergeben, dass sich Ungarns Jugendliche zwar für die Demokratie als Konzept erwärmten, gleichzeitig aber einen „starken Mann“ als Staatsoberhaupt wünschten. Offensichtlich habe die ungarische Regierung diese Studien gelesen und bemühe sich nun darum, wenigstens die eine Seite dieses im Grunde inkompatiblen Konzepts zu bedienen, indem sie ein Staatsoberhaupt präsentiere, das Stärke demonstriere. Man arbeite mehr an einem solchen Bild der Regierung, als dass man sich um politische Bildung oder den Aufbau der Zivilgesellschaft oder einer demokratischen Kultur bemühe. Die Kritik aus Europa und dem Ausland an den politischen Entwicklungen in Ungarn werde rhetorisch geschickt als Druck gegen alle Ungarn inszeniert, dem man sich geschlossen entgegenstellen müsse. Die Distanz zwischen Regierung und Bürgern werde so aufgehoben, es werde auch nicht mehr zwischen der Verantwor-

tung der Regierung für ihr Handeln und dem der Bürger/-innen unterschieden.
Dr. Hendrik Otten beklagte, dass nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung über Konzepte der politischen Bildung nun wiederum die Frage nach dem richtigen Weg gestellt werde. Der Blick in einige Jugendstudien zeige, dass das Interesse der Jugendlichen an institutionalisierter Politik in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen habe und nach wie vor die Herausforderung sei, wie politische Bildung auch bildungsferne Jugendliche erreichen könne. Das Programm „Jugend in Aktion" habe Potential für politische Jugendbildung enthalten, heute gehe es der EU-Kommission aber vor allem um eine Bildung im Rahmen des Lebenslangen Lernens, bei der die berufliche Verwertbarkeit im Vordergrund stehe. Es gebe keine Verbindung mehr zwischen Politik, Bildung und öffentlicher Kommunikation, stattdessen lasse sich eine Tendenz zur Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen beobachten. Demokratie sei indes kein fertiger Zustand, sondern ein zukunftsorientierter Prozess. Für die politische Bildung komme es darauf an, die Lebenswelten von Jugendlichen zu analysieren, um die Bedingungen ihrer Existenz und die Voraussetzungen für ihr politisches Engagement in Erfahrung zu bringen. Otten erinnerte an bilaterale Gespräche mit Vertretern der beteiligten Nationen, die er 1987 bei der Vorbereitung des ersten EU-Jugendprogramms führte. Damals habe man den politischen Sinn solcher Programme noch reflektiert, ihre Bedeutung für die Demokratisierung im Blick gehabt. Methoden und Formate seien angepasst worden. Das habe sich im Rahmen des Konzepts vom Lebenslangen Lernen verändert. In der Bundesrepublik schenke man den politischen Aspekten der Bildungs- und Jugendprogramme zwar noch Beachtung, in anderen Mitgliedsländern sei das aber nicht der Fall. Hier gebe es keinen Konsens, aber auch keinen Diskurs mehr, der allenfalls noch zwischen den für die Umsetzung der Programme verantwortlichen Nationalagenturen geführt werde.

Dr. Christine Pütz betonte, dass aktive Bürgerschaft kein Selbstzweck sei, sondern auch die Frage nach dem Ziel der darauf gerichteten Bildungsarbeit gestellt werden müsse. Die Heinrich-Böll-Stiftung biete grüne Inhalte an, die Menschen dazu bewegen, sich politisch zu engagieren und dabei auch Alternativen zu bestehenden Problemlagen zu entwickeln. Das Konzept des Active Citizenship sei ihr „suspekt". Solche Programme tendierten dazu, politische Beteiligung zu simulieren, diese jedoch vornehmlich an der Quanität der Teilnehmerzahlen zu messen. Bildung schaffe die Befähigung für Beteiligung, der Staat müsse aber auch Möglichkeiten zur Beteiligung anbieten. Dr. Christine Pütz kritisierte das „Agenda-Setting" durch die EU-Programme, mit dem die Arbeit der Träger gesteuert werde. Die politischen Stiftungen seien in der Situation, über relativ große Mittel ohne Zweckbindung verfügen zu können. Die anderen Träger müssten sich mit ihren Themen und Angeboten hingegen auf die EU-Programme einlassen. Die EU habe sich lange über ihren vor allem ökonomischen Output legitimiert, der zu einem „permissiven Konsens" geführt habe. Damit sei es in Zeiten der Krise vorbei, weshalb man stärkere Legitimationen brauche, zu denen auch die Mitbestimmung auf europäischer Ebene gehöre. Hier gebe es Defizite. Das Europäische Parlament müsse gestärkt werden, unter anderem durch ein Initiativrecht. Die Entscheidungsfindungen des Europäischen Rats müssten transparenter sein, auch müsse die Möglichkeit bestehen, mehrheitlich zu entscheiden. Die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft müssten bereits vor der Einbringung von Gesetzesinitiativen angehört werden, um auf deren Formulierung Einfluss nehmen zu können. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen gelte es zu stärken gegenüber den gut organisierten Profitorganisationen, die starken Einfluss auf die Kommissionsentscheidungen nähmen, und zu deren Vorschlägen es zu wenig alternative Expertisen gebe.
Manfred von Hebel wies darauf hin, dass mit den EU-Programmen durchaus auch versucht werde, einen Kommunikationsprozess anzuregen und nicht einfach Themen linear vorzugeben. Auch müsse

Karsten Lucke vom Europahaus Marienberg stellt ein Projekt vor

man bedenken, dass die Programme zur Förderung einer aktiven EU-Bürgerschaft wie das Programm „Jugend in Aktion" noch keine lange Tradition hätten. Immerhin habe man sich darum bemüht, sie durch Elemente anzureichern, die auf Beteiligung zielen. Bei den Projekten sollten kognitive, emotionale und handlungsorientierte Dimensionen berücksichtigt werden. Diese Handlungsorientierung sei in der neuen Programmgeneration allerdings nicht mehr auszumachen, hier sei vielmehr eine Verzweckung hin auf berufliche Orientierung angestrebt. Diese von der Kommission vorgegebene Richtung habe jedoch Diskussionen provoziert, die Anlass zu Optimismus gäben. Es sei das Motiv der Kommission gewesen, mit dem neuen Programm Krisenintervention zu betreiben, ohne die Absicht, zivilgesellschaftliche Momente direkt auszuschließen. Eine solche Krisenintervention könne das Programm jedoch nicht leisten. Die Kommission hätte wissen müssen, dass ihr Programmvorschlag Kritik nach sich ziehen würde, dennoch habe sie ihn durchzusetzen versucht. Bei der Entwicklung solcher Programme brauche man andere Beteiligungsformen, auch um der Vertrauenserosion gegenüber den Institutionen der EU begegnen zu können.

Die Fachtagung bot den Teilnehmern und Teilnehmerinnen Gelegenheit, in Arbeitsgruppen über verschiedene Ansätze der po-

litischen Bildung im AdB zum Thema Europa und die Rahmenbedingungen europapolitischer Bildung zu diskutieren. Dr. Zbigniew Wilkiewicz, GESW Vlotho, stellte in AG 1 die Voraussetzungen und die Situation der politischen Bildung in Russland, Polen und Lettland dar und erörterte deren Auswirkungen auf die Gestaltung bi- und internationaler Kooperationen. Die Teilnehmer/-innen waren sich darin einig, dass die Qualität von Veranstaltungen für den Demokratieprozess wichtig sei und die Austauschprogramme gesichert werden müssten. Dabei sollten die Beteiligten gemeinsam nach Lösungen für die aktuellen europäischen Probleme suchen.
Der Peer-to-Peer-Ansatz in der europapolitischen Jugendbildung mit benachteiligten Jugendlichen, den Thomas von der Gönna, EJBW Weimar, vorstellte, stand im Mittelpunkt der AG 2. Es geht dabei um Trainings von Jugendlichen, die als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für Projekttage eingesetzt werden, die an berufsbildenden Schulen und Einrichtungen für benachteiligte Jugendliche in den beteiligten Ländern stattfinden.
Karsten Lucke, Europahaus Marienberg, präsentierte in AG 3 den Ansatz „Think Europe", der bi- und internationalen europapolitischen Seminaren für Schüler/-innen in Marienberg zugrundeliegt. Hier kommen auch die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien zur Geltung, die allerdings nicht unkritisch eingesetzt werden sollten, so das Votum der AG.
Gertrud Gandenberger, Internationales Forum Burg Liebenzell, berichtete in AG 4 über europäisch, demokratisch und menschenrechtsorientierte internationale Bildungspraxis mit Jugendlichen. Die AG erörterte an diesen Beispielen Fragen trägerübergreifender Qualifizierung von Teamer/-innen und zum pädagogischen Umgang mit unterschiedlichen Betrachtungsweisen europäischer Geschichte.

Die Tagung war, so AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg in ihrem Schlusswort, der Versuch, die Metaebenen politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen mit den Mikroebenen der politischen Bildungspraxis in Verbindung zu bringen. Weiter zu erörtern sei die Frage, wie insbesondere Jugendliche mit politischer Bildung zu Europa erreicht, wie europäische Themen mit ihren Lebenswelten verknüpft werden könnten, und wie diese schwierige und manchmal spröde Materie zu vermitteln sei. Den Trägern der politischen Bildung sei dafür zu danken, dass sie sich dieser Herausforderung immer wieder stellen.

Ingeborg Pistohl

Aufmerksames Publikum

Arbeitsgruppenatmosphäre

Ist Ungarn überall ?
Merkmale und Entwicklungen der Demokratiegefährdungen in Europa

Auszug aus dem Vortrag von PD Dr. Claudio Franzius

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind Demokratien. Aber in dem Maße, wie die Union eigene Herrschaftsgewalt ausübt und unmittelbar auf die Bürger zugreift, kann sie sich nicht mehr allein über die Mitgliedstaaten demokratisch legitimieren. Sie bedarf eigener demokratischer Legitimation. Nun kann man lange darüber streiten, ob es eine europäische Demokratie überhaupt geben kann. Die europäischen Verträge haben die Frage in Art. 10 des Unionsvertrags beantwortet. Das, so meine ich, verdient es, festgehalten zu werden. Dort heißt es:

„Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten. Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen."

Diese Formulierung ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Aus ihr lässt sich entnehmen, dass das Intaktbleiben mitgliedstaatlicher Demokratien eine Voraussetzung europäischer Demokratie ist, aber auch, dass Schwächen mitgliedstaatlicher Demokratie ein europäisches Problem sind!

PD Dr. Claudio Franzius

Damit ist über die Frage, wer für Demokratiegefährdungen verantwortlich ist, noch nichts gesagt. Und noch weniger entschieden ist damit die Frage, wer zum Schutz der Demokratie berufen ist. Müssen wir das den Ungarn überlassen? Sie haben ihre Regierung demokratisch gewählt. Verlangt dies nicht Respekt? Aber die ungarischen Staatsangehörigen sind auch Unionsbürger und die ungarische Verfassung auch eine europäische Frage. Wenn und weil die EU einen Teil ihrer Legitimation aus den Mitgliedstaaten bezieht, ist sie auf intakte Demokratien in den Mitgliedstaaten angewiesen. Oder anders gesagt: Will die Union demokratisch sein, können ihr die demokratisch verfassten Mitgliedstaaten nicht gleichgültig sein.
Diese Frage zurückzustellen, könnte sich für Europa als verheerend erweisen. Wo es um den Erhalt einer freiheitlich-demokratisch verfassten Struktur in den Mitgliedstaaten geht, sehen die politischen Maßnahmen der Unionsorgane bislang eher dürftig aus und es entsteht eine gefährliche Schieflage, einerseits über die europäische Sparpolitik in der Staatsschuldenkrise demokratisch gewählte Regierungen aus dem Amt zu jagen, andererseits massiven Verschlechterungen der Grundrechtslage nicht nur am Rand (wie in der Ukraine), sondern im Herzen der EU (wie in Ungarn) tatenlos zuzusehen. Die Mitgliedstaaten sind aber nach dem europäischen Recht zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet und auch einem politischen Sanktionsmechanismus unterworfen. Wir werden jedoch sehen, dass dieser in Art. 7 EUV geregelte Mechanismus an strenge Voraussetzungen gebunden ist. Die bisherigen Erfahrungen lassen eine Zurückhaltung unter den Mitgliedstaaten und den Unionsorganen erkennen, auf diesem Wege die unliebsame Regierung eines Mitgliedstaats an den Pranger zu stellen.

Demokratiegefährdungen

Damit sind wir bei den Demokratiegefährdungen in Europa. Worin bestehen sie? Wenn es richtig ist, dass wir es in Europa mit einer Mehrebenendemokratie zu tun haben, dann liegt es nahe, auch für Gefährdungen der Demokratie die unterschiedlichen Ebenen in den Blick zu nehmen:

Europa als Demokratiegefährdung?
Wenn wir uns beispielsweise anschauen, wie in der EU auf die Staatsschuldenkrise reagiert wird, dann sehen wir, dass Europa eine Reihe an Demokratiegefährdungen verursacht. Das gilt nicht nur für die

mitgliedstaatlichen Demokratien, sondern auch für die Unionsebene, wo die im Aufbau befindliche „Wirtschaftsregierung" kaum als demokratisch bezeichnet werden kann. Während die Kommission mit ihren neuen Überwachungsbefugnissen, die nationalen Haushalte betreffend, nur unzureichend gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich ist, kann der mit dem Fiskalvertrag geschaffene „Euro-Gipfel" nur schlecht als eine Institution verstanden werden, die auf dem langen Weg von den Regierungen zu den nationalen Parlamenten von den hier repräsentierten Staatsvölkern zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Desinteresse, Apathie und Wiederkehr des Nationalismus
Wer das Herz der Demokratie im Nationalstaat erblickt, wird hinsichtlich der Erweiterungen des Modells auf die Unionsebene schnell Desinteresse und Apathie feststellen können. Ein kollektives Wir, dass weitreichende Entscheidungen auf Unionsebene zu tragen vermag, ist hier schlecht auszumachen. Eher lässt sich auf mitgliedstaatlicher Ebene eine Wiederkehr des Nationalismus beobachten.

Das gilt nicht nur für Ungarn und diejenigen Mitgliedstaaten, die ihre soeben wiedergewonnene Souveränität nicht gleich wieder nach Europa abzugeben wünschen. Es gilt auch für solche Staaten, die sich entweder nie wirklich mit Europa anfreunden konnten oder die wegen ihrer Bevölkerungsgröße und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besondere Verantwortung tragen. In der Staatsschuldenkrise ist bereits von „deutscher Hegemonie" die Rede, verstanden als Ausdruck politischer Führung, die bei den Unionsorganen vermisst wird. So entsteht ein Demokratiedefizit, wenn die Bundeskanzlerin in der Bewältigung der Euro-Krise auf zwischenstaatliche Lösungen setzt. Solche Lösungen lassen sich nur mit Mühe national rechtfertigen, entziehen sich aber einer Mitgestaltung und Kontrolle durch das Europäische Parlament.

(…)

Sicherungen der Demokratie

Bei der Antwort auf die Frage, wie systemischen Risiken für die Demokratie in Europa begegnet werden sollte, gilt es unterschiedliche Optionen in den Blick zu nehmen. Zu unterscheiden ist zwischen

kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen: Die Kommission begnügt sich mit dem traditionellen Vorgehen, punktuell Vertragsverletzungen zu rügen. Langfristig ausgelegte Strategien zum Schutz der mitgliedstaatlichen Demokratien sind demgegenüber nicht ersichtlich.

Zu unterscheiden ist auch zwischen bestehenden und gegebenenfalls neuen Verfahren der Demokratiesicherung. Die EU als nicht-hierarchische Ordnung basiert auf der freiwilligen Befolgung des europäischen Rechts. Nicht Zwang, sondern die wechselseitige Anerkennung der Rechte und Pflichten ist die Grundlage des europäischen Projekts. Das spricht dafür, weiterhin auf dezentrale Mechanismen der Rechtsdurchsetzung zu setzen, um die Selbstbefähigung mitgliedstaatlicher Institutionen zur Formulierung einer europäischen Perspektive zu stärken. Erst das erlaubt es, die europäischen Werte nicht als fremde, sondern als die eigenen Werte zu akzeptieren.

Unterschieden werden sollte auch zwischen idealistischen Konzeptionen und realistischen, praktisch belastbaren Vorschlägen, die sich der Grenzen des Integrationsprojekts bewusst bleiben: Gerade weil die Eigenlegitimation unionaler Herrschaftsgewalt nicht staatsanalog konstruiert werden kann, die EU vielmehr auf funktionierende politische Systeme in den Mitgliedstaaten angewiesen bleibt, müssen Vorschläge die besondere spezifische Verbundstruktur mit der Verzahnung der Ebenen im Blick behalten.

In diesem Zusammenhang ist die Frage wichtig, wer zum Schutz der Demokratie berufen sein soll. Soweit individuelle Rechte in Frage stehen, wird den Gerichten eine besondere Verantwortung für die Wahrung der Grund- und Menschenrechte nicht abgesprochen werden können. Das gilt für nationale wie für europäische Gerichte. Zwar lässt sich die strukturelle Schwäche politischer Maßnahmen nur begrenzt durch juristische Lösungen kompensieren, zumal die Rechtsprechung der europäischen Gerichte von einer Zurückhaltung gegenüber dem politischen Prozess geprägt ist. Warum wir diesen Weg nicht gleich verwerfen sollten, möchte ich im Folgenden begründen.

Wege aus der Krise

Maßstab
Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass politische Lösungen zu suchen sind. (…) Denn es ist eine Sache, sich unter Berufung auf die Freiheitsliebe des ungarischen Volkes auf einen konsequenten Anti-Kommunismus zu berufen und von der reformierten Verfassung von 1989 nichts mehr wissen zu wollen. Eine ganz andere Sache ist es, die nationale Politik über das Unionsrecht zu stellen, um aus vermeintlichen EU-Diktaten populistisch Kapital zu schlagen. So ist es nicht hinzunehmen, frühere Regierungsmitglieder wegen der gestiegenen Staatsverschuldung unter dem Erlass rückwirkender Gesetze eines „politischen Verbrechens" zu bezichtigen und ins Gefängnis zu werfen. Der Satz „keine Strafe ohne Gesetz" ist ein europäischer Rechtssatz, der durch einen kruden Nationalismus nicht überspielt werden kann und über dessen Einhaltung die EU und ihre Mitgliedstaaten zu wachen haben. In vielem scheint Osteuropa manchen Entwicklungen in Russland näher zu stehen als es Europa lieb sein kann.

Worum es angesichts der Demokratiegefährdungen in den Mitgliedstaaten geht, ist weniger „von außen" auf den politischen Wechsel zu drängen als vielmehr innerstaatliche Problemlösungen zu aktivieren. Maßstab sind die Grundwerte der Europäischen Union, formuliert in Artikel 2 des Unionsvertrags. Danach sind die Werte, auf die sich die Union gründet, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Perso-

nen, die Minderheiten angehören. Diese Werte, so heißt es weiter, sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Es verdient festgehalten zu werden, dass hierdurch nicht nur die Union, sondern auch die Mitgliedstaaten gebunden werden. Das ist zwar eine wesentlich abstraktere Bindung als zum Beispiel die Bindung an die Menschenrechte, wie sie durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert werden. Sie ist auch grobmaschiger als die Bindung an die Unionsgrundrechte der Grundrechte-Charta. Aber diese Bindung ist eine Grenze für nationalistische Politik und diese Grenze kann von den Betroffenen für „eigenmotivierte" Sicherungen der Demokratie aktiviert werden. Im Sinne für ein Offenhalten des politischen Wandels oder – wie es die Opposition in Ungarn fordert – für eine neue politische Kultur.

Drohende Verletzung der Grundwerte

Das „System Fidesz" zeichnet sich dadurch aus, eine bestimmte Verfassungskultur zu zementieren: Problematisch sind vor allem die so genannten Schwerpunktgesetze, deren Änderung eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Solche Gesetze erhalten damit Quasi-Verfassungsrang und werden gegenüber einem Wechsel der politischen Mehrheiten immunisiert. Die Venedig-Kommission des Europarates hebt hervor, dass Ungarn zwar grundlegende demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien einhalte, kritisiert aber die Schwächung des Verfassungsgerichts, die übermäßige Anwendung der Schwerpunktgesetze, die unscharfe Definition der Pressefreiheit und der Minderheitenrechte sowie die zu offene Beschreibung des Verhältnisses zu den im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten.

(…)

Die große Bazooka: Artikel 7 EUV

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Europäischen Union, dass ihre Grundwerte in Art. 2 EUV abstrakt formuliert, deren Durchsetzung mit der „großen Bazooka" des Art. 7 EUV aber an ein kompliziertes Verfahren gebunden sind. Verlangt wird die Feststellung einer „schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung" der Grundwerte durch einstimmige Entscheidung im Europäischen Rat. Der mögliche Entzug der Stimmrechte im Rat knüpft an strenge, einem Militärputsch vergleichbare Voraussetzungen an, würde in der causa Ungarn indes auf wackligen Füssen stehen. Keine der von der Regierung Orbán durchgeführte oder geplante Maßnahme als solche dürfte diese Hürde unzweifelhaft erreichen. Fehlende oder schlechte Erfahrungen mit dem Artikel 7 Mechanismus drohen Ankündigungen dieses Verfahrens ins Leere laufen zu lassen.

(…)

Grenzen politischer Lösungen

Es muss als fraglich angesehen werden, ob sich eine machtbewusste Regierung, die sich der Kooperation mit den Unionsorganen entzieht, durch die Drohkulisse des soeben geschilderten Sanktionsverfahrens beeindrucken lässt. Den Ausschluss des betreffenden Mitgliedstaates sieht das Verfahren nicht vor. Seine Bedeutung liegt in der präventiven Funktion, die Abkehr von den gemeinsamen Werten zu verhindern. Es verdeutlicht, dass der Anspruch des Mitgliedstaates auf die Wahrung seiner Verfassungsidentität nach Art. 4 Abs. 2 EUV unter dem Vorbehalt der Einhaltung der grundlegenden Werte des Art. 2 EUV steht.

Zumindest für den Schutz individueller Rechte könnte sich ein umgekehrter Solange-Vorbehalt anbieten.[1] Was ist damit gemeint? Das „Solange-Argument" ist ein zentraler Konfliktlösungsmechanismus, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Überprüfung europäischer Hoheitsakte am Maßstab der deutschen Grundrechte zurücknimmt, solange auf europäischer Ebene ein hinreichender Grundrechtsschutz generell gewährleistet ist. Angesichts der prekären Situation von Minderheiten und Migranten, aber auch der wachsenden Gefährdungen der Medienfreiheit im europäischen Rechtsraum wäre zu bedenken, die berühmte Solange-Doktrin in umgekehrter Stoßrichtung auf die Mitgliedstaaten anzuwenden: Was bedeutet das? Nun, es würde bedeuten, dass sich Unionsbürger solange nicht auf die Unionsgrundrechte berufen können, solange die Vermutung gilt, dass der Wesensgehalt der Grundrechte, wie er durch Art. 2 EUV garantiert wird, im betreffenden Mitgliedstaat gewährleistet ist. Es handelt sich jedoch um eine widerlegbare Vermutung. Sollten schwerwiegende Rechtsverstöße die Vermutung widerlegen, wäre der Kernbereich der Unions-bürgerschaft mit der Folge eröffnet, dass auch allein innerstaatliche Sachverhalte mit einem europäischen Argument vor Gericht gebracht werden könnten. Das wäre ein Rettungsschirm für die Grundrechte und Demokratie.

Ein Rettungsschirm für die Demokratie?

Über die Vor- und Nachteile eines solchen Rettungsschirms lässt sich streiten. Die Wahrung individueller Rechte in die Hände von Gerichten zu legen, entspricht gemeineuropäischer Tradition, wenngleich die Rechtsprechung in der Verknüpfung der Grundrechte mit dem Institut der Unionsbürgerschaft bislang eher zurückhaltend ist. Auch die erhebliche Ausdehnung, welche die zur Staatsangehörigkeit hinzutretende Unionsbürgerschaft in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs erfahren hat, stößt auf Kritik, kann die judikative Sicherung individueller Rechte doch nicht politische Auseinandersetzungen über den Fortgang der Integration ersetzen. Und es ist ja richtig: Der Grundrechtsschutz kann demokratische Prozeduren, mögen sie noch so schwerfällig sein, nicht einfach kompensieren. Jedoch ist die europäische Demokratie ohne die hinreichende Sicherung der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten gefährdet. Erinnern wir uns: Die europäische Demokratie wird nicht von einem homogenen Kollektiv, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern getragen.

Ich gebe zu: Die Einwände gegen den „umgekehrten Solange-Vorbehalt" sind erheblich.[2] Wird, so ist zu fragen, nicht erneut eine Schwäche im politischen System durch eine juristische Konstruktion zu überspielen versucht? Stößt nicht gerade die Rechtsprechung an Funktions- und Leistungsgrenzen? Benötigen wir in Europa nicht

mehr Politik, verstanden als die Vermittlung kollektiver Legitimation, die sich nicht einfach durch die Maximierung individueller Legitimation erreichen lässt? Mit der Sicherung der grundlegenden Rechte des Einzelnen ist es allein nicht getan. Es bedarf der Bereitstellung demokratische Legitimation erzeugender Verfahren.

Was aber, wenn es den politischen Organen nicht gelingt, massiven Grundrechts-verletzungen in den Mitgliedstaaten entgegenzutreten? Soweit die Europäische Kommission auf den beschränkten Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte hinweist, welche die Mitgliedstaaten „ausschließlich bei der Durchführung von Unionsrecht" binden, ist das zur Vermeidung einer „Hochzonung" des Grundrechtsschutzes verständlich, aber nur begrenzt zutreffend. Zum einen deshalb, weil die Mitgliedstaaten außerhalb des Anwendungsbereichs der Charta zur „Wahrung der Menschenrechte" verpflichtet sind, zum anderen aber auch, weil nicht ersichtlich ist, warum diese Verpflichtung allein durch das in Art. 7 EUV genannte Verfahren durchgesetzt werden müsste. Gravierende, den Wesensgehalt der Grundrechte betreffende Verletzungen tangieren den grundlegenden Status der Bürgerinnen und Bürger im europäischen Rechtsraum. Und dieser „Kernbestand" des Unionsbürgerstatus umfasst nach der Rechtsprechung des EuGH auch innerstaatliche Sachverhalte, erfasst also die Ausübung nationaler Hoheitsgewalt unabhängig von einem grenzüberschreitenden Bezug.

(…)

Gelingt es, die Vermutung für die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte zu widerlegen, kann sich der Einzelne vor dem nationalen Gericht auf den Kernbestand der Unionsbürgerschaft berufen. Das schließt den europäischen Durchsetzungsmechanismus ein. Insbesondere folgt daraus das Recht oder die Pflicht des nationalen Gerichts, entsprechende Fragen der Auslegung dem Gerichtshof zur so genannten Vorabentscheidung vorzulegen. Die Vorlage nationalverfassungsrechtlich determinierter Fragen ist zwar keine durchgängige Praxis nationaler Höchstgerichte, wie sich auch an der bisherigen Nichtvorlagepraxis des Bundesverfassungsgerichts zeigt. Würde aber darauf verzichtet, hätte es jeder Mitgliedstaat in der Hand, die Inhalte des Art. 2 EUV nach eigener Interpretation zu definieren und damit auszuhebeln.

Dezentraler Demokratieschutz

Vorzugswürdig sind dezentrale Mechanismen, die, wie der umgekehrte Solange-Vorbehalt, mitgliedstaatlichen Institutionen in kritischen Situationen „Rückendeckung" gewähren. Damit ich nicht missverstanden werde: Die über das Vorlageverfahren institutionalisierte Kooperation der Gerichte kann den politischen Prozess nicht ersetzen. Insoweit unterscheidet sich die Situation von der Frühphase der Integration, die maßgeblich durch den Aufbau der Rechtsgemeinschaft geprägt war. Politische Probleme bedürfen einer politischen Lösung und kurzfristig wird von einer gerichtsnahen Lösung wenig erwartet werden können. Jedoch ist das politische System der EU auf innerstaatliche Gefährdungen der Demokratie nicht richtig eingestellt. Zumeist beschränkt sich Kritik der Unionsorgane auf Bereiche, wo unmittelbar europarechtliche Belange berührt sind. Deshalb ist die Stärkung der Selbstbefähigung der Bürgerinnen und Bürgern, ihre Angelegenheiten als europäische Angelegenheiten vor die Institutionen des Heimatstaates zu bringen, ein wichtiger Modus, um politische Lösungen zu ermöglichen.[3]
Die Hauptverantwortung für die Sicherung individueller Rechte und demokratischer Offenheit liegt bei den nationalen Gerichten und der mitgliedstaatlichen Politik. Das bedeutet aber nicht, dass ein subsidiäres Sicherheitsnetz für den Fall systemischer Gefährdungslagen europäischer Grundwerte für entbehrlich gehalten werden könnte, damit der betreffende Mitgliedstaat unter einen europäischen Rettungsschirm für Grundrechte und Demokratie treten kann. Sicherlich wird kein Urteil das Demokratieproblem bei der Wurzel packen können und nochmals sei betont, dass ein effektiver Grundrechtschutz eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Demokratie in Europa darstellt. Mit Blick auf Ungarn wäre es aber falsch, alle staatlichen Institutionen auf einem antieuropäischen Weg zu wähnen.

Zwar mögen sich nationale Gerichte den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs nicht immer unterordnen. Aber das ist im konstitutionellen Pluralismus hinzunehmen. Das ungarische Verfassungsgericht lässt sich bislang nicht auf die Linie des Systems Fidesz bringen, wie es mit dem Beschluss zur Verfassungswidrigkeit des umstrittenen Mediengesetzes gezeigt hat. Warum diesen Mut nicht europäisch unterstützen? Warum das Schicksal der europäischen Demokratie nicht in die Hände der Unionsbürgerinnen legen, die in ihrem Mitgliedstaat über Rechte verfügen, um das Abgleiten in einen übersteigerten Nationalismus zu verhindern?

Das wäre ein europäischer Weg, der politische Lösungen nicht ersetzt, aber ein wechselseitiges Wegschauen der Mitgliedstaaten und Unionsorgane unter Rechtfertigungsdruck bringt und ein Sicherheitsnetz für den Fall bereitstellt, dass sich Krisen verschärfen, politische Lösungen aber scheitern.

*Claudio Franzius**

---

1 Armin v. Bogdandy u.a., Ein Rettungsschirm für europäische Grundrechte, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. 72 (2012), S. 45 ff.
2 Lesenswert die Debatte im Verfassungsblog, vgl. www.verfassungsblog.de (15.2.2012).
3 Näher Claudio Franzius/Ulrich K. Preuß, Die Zukunft der europäischen Demokratie, Baden-Baden (Nomos), 2012.
* Dr. iur., Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Gastwissenschafter am Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen.

Strategien und Argumente gegen politischen Extremismus
Workshops an der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Akademie für Politische Bildung Tutzing

„Die Rollenspiele und anderen kreativen Methoden waren super, weil man so besser lernt und sich alles gut merken kann." Die 19-jährige Laura aus Niederbayern lernt Bürokauffrau. Gerade hat sie in einem Planspiel die Sängerin einer Schülerband gespielt, der ihre rassistischen Texte vorgeworfen werden. Sie ist zusammen mit weiteren 21 Berufschülerinnen und Berufsschülern aus ganz Bayern Teilnehmerin eines Seminars über politischen Extremismus. Es wurde vom bayerischen Kultusministerium initiiert und mit finanzieller Unterstützung der Heinz-Nixdorf-Stiftung an der Akademie für Politische Bildung Tutzing im September 2012 zum ersten Mal durchgeführt.

Abstimmung während eines Workshops in der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Cliquen anti-demokratischer, rechtsextremistischer Jugendlicher sind auch auf bayerischen Schulhöfen keine Seltenheit mehr. Immer wieder werden Schüler/-innen an ihren Schulen mit entsprechenden Parolen und Gedanken konfrontiert. Die NPD verteilt mit Erfolg vor den Schulen ihre berühmt-berüchtigte Schulhof-CD mit rechtsextremer Musik und Texten. Extreme und extremistische Strömungen verzeichnen gerade auch bei Jugendlichen Zulauf und Zustimmung.

Zusammen mit Akademiedozent Dr. Michael Schröder bilden Friederike Hartl und Tobias Ehrt das Leitungsteam. Die beiden arbeiten für das „Team meX" der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, einem Präventionsangebot gegen Rechtsextremismus. Ziel ist es zu sensibilisieren, aufzuklären und das Werkzeug für zivilcouragiertes Handeln gegen Rechtsextremismus und für Demokratie zu vermitteln. Mit Hilfe vielfältiger Methoden und Workshops sowie dem Planspiel „Soundcheck" werden Argumente gegen Extremismus geschärft. Jugendliche und junge Erwachsene werden zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit Rassismus und populistischen Parolen befähigt. Dass man dabei ohne den erhobenen Zeigefinger auskommt, bestätigt die 22-jährige Steffi. Sie lernt Kinderpflegerin und sagt: „Durch die kreative Arbeit in der Gruppe habe ich sehr viel mitgenommen." Sie möchte gern ein Fortsetzungsseminar besuchen und das Gehörte noch vertiefen.

Da viele der Schüler/-innen sich in ihren Schulen als Schulsprecher, Schülerzeitungsredakteure oder auch allgemein gesellschaftspolitisch engagieren, ist das Seminar ein gutes Beispiel für die Arbeit der Akademie mit jungen Multiplikatoren. Die kritischen Jugendlichen erwiesen sich alle als aktive Streiter für die zentralen Werte unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Sie zeigten sich stark und gewappnet für die Auseinandersetzung mit extremistischen und menschenverachtenden Denkweisen. Und damit die Tutzinger Erfahrungen nicht verloren gehen, wurde spontan eine Facebook-Gruppe gegründet, um über das Seminar hinaus Kontakt untereinander zu halten. Einmal mehr ein gutes Beispiel für den sinnvollen Einsatz sozialer Netzwerke in der politischen Bildung.

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Doch dies ist nicht das einzige Beispiel für anti-rassistische Bildungsarbeit der Tutzinger Akademie. Seit vielen Jahren gibt es eine Kooperation mit dem bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". „Schule ohne Rassismus" bietet Schüler/-innen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. In ganz Deutschland sind über 1000 Schulen dabei. Die Projektarbeit kann unterschiedlich organisiert werden. In vielen Schulen gibt es Arbeitskreise oder Wahlfächer, an den Gymnasien werden in der Oberstufe oft Projekt-Seminare zur Studien- und Berufsorientierung zum Thema angeboten. Alle sind auf die aktive Mitarbeit interessierter Schüler/-innen sowie Lehrkräfte angewiesen, um dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" gerecht zu werden. In Bayern wird die Arbeit vom Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München unterstützt, das als Regionalkoordination Oberbayern Kooperationspartner bei diesem Seminar war.

Rassismus im Alltag

Beim Workshop „Rassismus im Alltag" nahmen sowohl Lehrkräfte als auch Schüler/-innen verschiedener Schulen aus München und Oberbayern teil, die alle den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" tragen. Hier erfahren die Teilnehmer, wie sich Ausgrenzung anfühlt. Und sie lernen, wie schnell eine Gruppe Einzelne allein wegen ihres Aussehens ausgrenzt. In verschiedenen Übungen werden auf spielerische Art gesellschaftliche Mechanismen

gespiegelt und so für jeden erfahrbar gemacht. Schnell werden – auch auf der Grundlage geringer Kenntnisse – moralische Wertungen gefällt und Verhalten nach „schlecht und gut“ eingeordnet. Man erstellt dabei eine Rangliste, bis auffällt: „Eigentlich wissen wir viel zu wenig, wir haben überhaupt keine Fakten, um das Handeln der Personen beurteilen zu können.“ Diese selbstreflektierte Einsicht begrüßen die Trainer Britta Grewe und Björn Koalick: „Man beurteilt und wertet oft anhand von Fakten, die man selber schafft. Sie basieren auf eigenen Erfahrungen und Vorurteilen sowie allgemeinen Wertvorstellungen. Ein solches Handeln ist durchaus menschlich, es kann aber diskriminierend und verletzend sein.“ So wird allen bewusst, wie befangen jeder in seinen Vorurteilen ist und zu Kategorisierungen neigt. Es sei wichtig, dies zu erkennen und sich dafür zu sensibilisieren, sagt Koalick. „Erst danach können wir andere anregen, ihre Vorurteile zu überdenken und abzubauen.“

Auch die hier beteiligten Jugendlichen dachten, sie seien ohne eigene Vorurteile gekommen. Ihre Erwartung war es, neue Ideen für die anti-rassistische Arbeit an ihren Schulen zu bekommen, sich gegenseitig auszutauschen und zu vernetzen. Doch zunächst mussten sie im Rahmen der Übungen am eigenen Leib erfahren, wie schnell man in Verhaltensmuster der Ausgrenzung und der moralischen Wertung verfällt, ohne dass man es will. Britta Grewe und Björn Koalick betonen, wie wichtig dieser Prozess ist: „Wir wollen hier keinen umerziehen, sondern wir wünschen uns, dass alle verstehen und begreifen, was in der Gesellschaft vor sich geht. Und Selbsterfahrung ist der erste Weg zur Erkenntnis.“

Einige Schüler/-innen möchten ihre eigenen Erfahrungen des Workshops auch ihren Schulkameraden zugänglich machen und planen deshalb ähnliche Übungen an ihrer Schule. Andere wiederum erkannten, dass es für die Umsetzung solcher Projekte einer funktionierenden Organisationsstruktur an den Schulen bedarf. Ihr Ziel ist es, weitere interessierte Lehrerkräfte, Eltern und Schüler/-innen mit ins Boot zu holen und mit ihnen gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Das Ideal der Schule ohne Rassismus soll sich im Denken aller am Schulleben Beteiligten fest verwurzeln - und sich in ihrem Handeln niederschlagen.

Linktipp: http://www.team-mex.de/

Dr. Michael Schröder

Akademie für Politische Bildung Tutzing

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing wurde 1957 vom Bayerischen Landtag als Anstalt des Öffentlichen Rechts gegründet. Sie fördert die politische Bildung überparteilich. Die Akademie wird wesentlich aus Mitteln des bayerischen Staatshaushaltes finanziert und untersteht der Rechtsaufsicht des Kultusministeriums. Die Akademie veranstaltet – teils in Zusammenarbeit mit renommierten Institutionen – Seminare und Tagungen in der Bildungsstätte direkt am Ufer des Starnberger Sees, Akademiegespräche und Fachkongresse in ganz Bayern und veröffentlicht eigene Publikationen.

Akademie für Politische Bildung Tutzing

Buchensee 1
82327 Tutzing
Tel.: 08158/256-0
Fax: 08158/256-51

info@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

Eine Stimme in Europa
Die European Internet Newspaper For Young People

aktuelles forum nrw

Zahlreiche Internetseiten und Veröffentlichungen der EU oder anderer offizieller Stellen spiegeln nicht die Kommunikationsbedürfnisse junger Europäer/-innen wider. Daher entwickelte das aktuelle forum nrw, ein gemeinnütziger Verein der politischen Bildung aus Gelsenkirchen, die europäische Internetzeitung „EuropeanYouthVoice".

Junge Europäerinnen und Europäer im Projekt

Für viele junge Leute ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, frei innerhalb Europas zu reisen. Aber was ist mit den Bewegungsfreiheiten von Meinungen? Es fehlt an demokratiefördernden Beteiligungsmöglichkeiten an der europäischen Öffentlichkeit, die Jugendliche und junge Erwachsene anspricht. Das aktuelle forum nrw hat daher eine europäische Internetzeitung gegründet. Die „EuropeanYouthVoice" möchte eine politische Öffentlichkeit auf europäischer Ebene herstellen und zur öffentlichen Kommunikation sowie zur Meinungs- und Willensbildung junger Leute in Europa beitragen. Über das Projekt sollen Jugendliche für eine publizistische und damit gesellschaftliche und politische Arbeit am gemeinsamen Europa gewonnen werden. Die politische Partizipation, davon ist das aktuelle forum nrw überzeugt, bedarf einer europaweiten Öffentlichkeit, ja sogar eines neuen europäischen Journalismus, der nicht im nationalen Denken oder einer europäischen ‚Institutionenkunde' steckenbleibt.

Konzentrierte Arbeitsatmosphäre

Eine europäische Zeitung im Internet

EuropeanYouthVoice bietet jungen Menschen in Europa einen Blick auf ihr eigenes Land und auf andere Länder Europas. Die Netz-Zeitung thematisiert ökomische, gesellschaftliche und religiöse Problemlagen und macht sie in einem europäischen Kontext verstehbar. Dabei bilden die Themen, Interessen, Wünsche und Ziele der Jugendlichen den Inhalt dieses gesamteuropäischen Mediums. Er entsteht durch die Recherchen, Veröffentlichungen und Kommentare der Autor/-innen und Nutzer/-innen. Die jugendgemäße Seite will für europäische Themen begeistern und tut dies mit Neugier, Information und Unterhaltung. Der ‚Content' ist dabei bunt gemischt: Neben historischen, politischen und gesellschaftlichen Themen ist auch Platz für Berichte zu Reisen und Sport.

Die Zielgruppen für die EuropeanYouthVoice sind weit gefasst. Dazu zählen Leser/-innen und Autor/-innen im Alter von 16 bis 30 Jahren. Prinzipiell steht das Projekt allen jungen Europäer/-innen offen. Zu den Zielgruppen dieses Projektes gehören auch die Kooperationspartner. Das aktuelle forum kann dabei auf ein europaweites Netzwerk zurückgreifen. Dieses besteht aus verschiedenen Organisationen (z. B. Stiftungen, andere NGOs usw.) in den einzelnen Ländern, aber auch aus informellen Gruppen.

Die Website www.EuropeanYouthVoice.eu ist ein BLOG, der auf dem Programm Wordpress basiert, so dass die jungen Autor/-innen nach der Vergabe eines Logins selbstständig Artikel und andere Medien hochladen können. Kommentarfunktionen sind ebenfalls vorhanden. Die Sprache ist Englisch, da sie als internationale Verständigungssprache gilt. Die Artikel werden von den Teilnehmenden selbständig verfasst. Ein Redaktionsteam des aktuellen forums nrw mit internationaler Besetzung, zum Beispiel mit Austauschstudent/-innen, dient als Steuerungsgruppe der EuropeanYouthVoice. Sämtliche Autor/-innen arbeiten ehrenamtlich und sind für Inhalt und Form ihrer Veröffentlichungen selbst verantwortlich.

An der Internetzeitung EuropeanYouthVoice beteiligen sich derzeitig regelmäßig circa 60 junge Europäer/-innen. Pro Monat besuchen an die 500 Nutzer/-innen die Website. Mittlerweile ist das Projekt multimedial ausgerichtet. Es besteht die Möglichkeit, nicht nur Artikel mit Fotos, sondern auch Filme und Hörbeiträge auf die Website zu stellen. Das Engagement der Jugendlichen an der Gestaltung der Internetzeitung ist außergewöhnlich hoch. Das Projekt bedient sich auch der Kommunikationswege sozialer Netzwerke wie Facebook, ohne diese kopieren zu wollen. Der Betrieb der medialen Plattform ist projektübergreifend organisiert, so dass sie zahlreichen Personen, Institutionen und Projekten dauerhaft zur Verfügung steht.

Begegnungstreffen und Workshops sind die Höhepunkte

EuropeanYouthVoice ist aus dem „EU-you History Project" des aktuellen forums hervorgegangen. Dieses Projekt beinhaltete zahlreiche Begegnungstreffen und Workshops auf internationaler Ebene,

Besuch in Brüssel

die sich mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus beschäftigten. In diesem Kontext wurde die Idee geboren, eine Internetzeitung aufzubauen, um einen zukunftsweisenden und konstruktiven Beitrag leisten zu können – gestaltet von der jungen Generation für Europa. Diese Aktivitäten begleiten den Betrieb der Website auch weiterhin. In internationalen Begegnungen und Workshops, an denen Vertreter aus bis zu 13 Ländern teilnehmen, werden journalistisches Grundlagenwissen, historisches Wissen zu den Themen Nationalsozialismus und Migration sowie Informationen zu aktuellen politischen Themen vermittelt. Außerdem werden Perspektiven zur Weiterentwicklung der Website aufgezeigt. Beispielsweise führen Workshops ins Schreiben für das Internet oder in fotografische Techniken ein. In Diskussionsrunden oder einem ‚World Café' wird über ein europäisches Selbstverständnis diskutiert – ergänzt durch Methoden der interkulturellen Kommunikation zur europäischen Verständigung wie z. B. Sprachanimationen. Bislang haben mehrere internationale Begegnungen und Workshops zu „EuropeanYouthVoice" stattgefunden (2007 Berlin, 2008 Prag, 2009 und 2010 Duisburg, 2011 Aachen und Bukarest, 2012 Lublin und Köln).

Politische Bildung und Journalismus

In diesem Projekt sind politische Bildung und Journalismus miteinander verbunden. Dafür kooperiert das aktuelle forum nrw mit dem Fachbereich Journalismus und PR, Prof. Dr. Rainer Janz, der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen. Denn die Schaffung einer neuen europäischen Öffentlichkeit ist nur über einen neuen europäischen Journalismus möglich, den es noch zu entwickeln gilt. Künftig wird der Ausbau eines medialen Jugendnetzwerkes mit Partnerorganisationen aus ganz Europa angestrebt.

Das Projekt der EuropeanYouthVoice wurde gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung NRW, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem EU-Programm JUGEND in AKTION. Beim Preis der Politischen Bildung 2011 zählte EuropeanYouthVoice unter 200 Einsendungen zu den zehn besten Projekten.

Die Zeitung ist im Internet zu finden unter:
www.EuropeanYouthVoice.eu

Ulrika Engler und Norbert Tillmann

Das aktuelle forum nrw

Das aktuelle forum nrw (af) ist ein gemeinnütziger Verein der politischen Bildung. Es ist dem Leitmotiv aus seiner Entstehungszeit „Mehr Demokratie wagen" verpflichtet. Im Ruhrgebiet verwurzelt arbeitet das aktuelle forum landesweit und international.

aktuelles forum nrw e. V.

Hohenstaufenallee 1
45888 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/15510-15
Fax: 0209/15510-29

info@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Jugendliche während der Filmarbeiten zum Denkmal für die Bücherverbrennung am Bebel Platz in Berlin Mitte

Memory Walks
Ein neues Filmformat des Anne Frank Hauses

Anne Frank Zentrum e.V.

Ein kleiner Teich mit einem Dreieck und einer Rose in der Mitte. Ein Haus, auf dessen Wand Namen stehen, und eine Bibliothek im Untergrund. Was hat das zu bedeuten? Es sind Gedenkorte, die an die Gewaltopfer der NS-Zeit erinnern. Jugendliche aus sieben Ländern untersuchten ihre Bedeutung für die heutige Bevölkerung.

Zur internationalen Konferenz „Engaging youth in learning about the Holocaust and Human Rights in the 21st century“ kamen im Januar 2012 150 Experten, Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsarbeit, von Gedenkstätten und junge Menschen aus den Niederlanden, Deutschland und anderen europäischen Ländern zusammen. Die Konferenz bot zahlreiche Programmpunkte, darunter die Eröffnung der Ausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ des Anne Frank Zentrums Berlin, Vorträge und Workshops im Theaterhaus Mitte sowie den Besuch von Anne Franks Schulfreunden Albert Gomes de Mesquita und Jacqueline Sanders-van Maarsen.

Vorbereitend zur Konferenz bot das Anne Frank Zentrum Berlin einen Filmworkshop an, an dem 20 Jugendliche aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Ukraine, Dänemark, Holland und der Türkei teilnahmen.

Memory Walks

Unter dem Thema „Memory Walks“ besuchten die Jugendlichen Denkmäler in Berlin und erstellten kurze Dokumentarfilme. Die Filme beschäftigen sich mit der Geschichte der Denkmäler und ihrer – fehlenden oder vorhandenen – Bedeutung für die Bevölkerung und Gesellschaft. Dafür erforschten die Jugendlichen zunächst die Geschichte, Architektur und Rolle Berliner Holocaust-Monumente. Die Wahl fiel auf drei ungewöhnliche Orte: Das Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung, das „Missing House“ und das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas.

Das Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung des israelischen Künstler Micha Ullman befindet sich auf dem Bebelplatz im Zentrum Berlins. Es markiert die Stelle, an der am 10. Mai 1933 unter anderem Studierende des Nationalsozialistischen Studentenbundes und viele Professoren Bücher missliebiger Autoren aus der am Platz liegenden Alten Bibliothek der Humboldt-Universität holten und verbrannten. Durch eine Glasplatte blickt man in einen unterirdischen Raum mit leeren Regalen. „The Missing House“ des französischen Künstlers Christian Boltanski stand einst in der Großen Hamburger Straße, im ehemaligen jüdischen Viertel Berlins. Die Lücke zwischen zwei Häusern nutzte der Künstler, um auf Metallplatten, deren Gestaltung an Todesanzeigen erinnert, an die ehemaligen jüdischen Bewohner des „fehlenden Hauses“ zu erinnern. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas ist eine Gedenkstätte am Simsonweg in der Nähe des Reichstags. Der israelische Künstler Dani Karavan gestaltete einen Teich, auf dem ein steinernes Dreieck (dem Winkel an der Jacke der KZ-Häftlinge) mit einer immer frischen Blume schwimmt. Alle drei Orte sind minimalistisch gestaltet, ihre Bedeutung wird nicht auf den ersten Blick offenbar.

Für die Kurzfilme, die die Jugendlichen, unterstützt durch Profis vom Anne Frank Haus, produzierten, wurden Passanten und Men-

Die an den Filmworkshops beteiligten Jugendlichen stellen die Ergebnisse des Memory Walk in der Niederländischen Botschaft vor

schen aus der Nachbarschaft nach ihrem Wissen und Gedanken zu den Monumenten befragt. Der erste Teil der rund fünf Minuten langen Clips gibt die Nachforschungsergebnisse und Überlegungen der Jugendlichen zum Monument und dem zeitgeschichtlichen Kontext wieder. Die jungen Filmemacher beleuchten die Entstehungsgeschichte, um zu erörtern, an wen oder was bzw. an welches Ereignis das Monument erinnert und setzen sich mit der Relevanz und Wirkung des Monuments auseinander. Der zweite Teil zeigt, wie die Monumente von der Bevölkerung wahrgenommen werden und welche Bedeutung ihnen zugewiesen wird. Viele der angesprochenen Passanten und Passantinnen kommen ins Nachdenken, da sie gar nicht wussten, dass es sich bei den Orten um Denkmäler handelt. Sie diskutieren mit den Jugendlichen darüber, wie ausdrucksstark oder plakativ ein Denkmal sein sollte, damit es verstanden wird, fragen nach dem geschichtlichen Kontext und der Entstehung der Monumente und stellen Verbindungen zu heutigen politischen und sozialen Verhältnissen her.

Kleine Filme – große Effekte

So verbinden die Filmclips Erinnerungen an Opfer von Diskriminierung, Verfolgung, Ausgrenzung und Ermordung während der NS-Zeit mit Menschenrechten und der Situation von Minderheiten in der Gegenwart. Die beteiligten Jugendlichen lernten, auf historische und gegenwärtige Spurensuche zu gehen und die Ergebnisse mit den eigenen Eindrücken in Beziehung zu setzen. In Teamarbeit eigneten sie sich Interviewtechniken und das für eine Filmproduktion notwendige Knowhow an. Durch ihre Nachfragen lenkten sie die Aufmerksamkeit von Passanten und Ortsansässigen auf die Orte und regten zum Nachdenken an. Und nicht zuletzt nutzten sie ihr neu gewonnenes Wissen und Können, um ihre Denkanstöße zu veröffentlichen. So wurden die Filme im Rahmen der Konferenz in der Niederländischen Botschaft in Berlin zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert und erfuhren ein sehr positives Echo. Alle, die nicht dabei waren, können sie im Internet abrufen:

Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas:
www.youtube.com/watch?v=Dt8wVtOeJ78

The Missing House (Das fehlende Haus):
www.youtube.com/watch?v=BIZYD1UAQt8

Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung:
www.youtube.com/watch?v=ue9TzmhiNB0

Dr. Helle Becker

ANNE FRANK ZENTRUM

Anne Frank Zentrum e. V.

Das Anne Frank Zentrum in Berlin ist Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Es rückt deutschlandweit die Erinnerung an Anne Frank und ihr berühmtes Tagebuch in den Blickpunkt.
Das Anne Frank Zentrum zeigt die Ausstellung „Anne Frank. hier & heute“ in Berlin und führt Wanderausstellungsprojekte in ganz Deutschland durch. Es entwickelt zeitgemäße Angebote zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Holocaust und bietet Projekttage, Seminare und Fortbildungen an.
Die pädagogischen Angebote richten sich vor allem an Jugendliche.

Anne Frank Zentrum e. V.

Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin
Tel.: 030/2888656-00
Fax: 030/2888656-01

zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Menschen. Rechte. Aktiv.
Vernetzt für ein Miteinander ohne Diskriminierung

Bildungsstätte Anne Frank

Rassismus und Diskriminierung gehören mittlerweile zum Alltag von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft. Die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/M. hat es sich zur Aufgabe gemacht, für Menschrechte und gegen Diskriminierung zu sensibilisieren.

Überlegungen zum Thema Menschenrechte

Neue Exponate für die Ausstellung entstehen

Rassistische und nationalistische Einstellungen bis hin zur Gewaltbereitschaft sind nicht nur bei der extremen Rechten zu verorten, sondern nehmen, wie aktuelle Studien zeigen, auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft zu. Die Achtung und Bedeutung der Menschenrechte für das Miteinander in unserer Gesellschaft ist aber für eine Demokratie unverzichtbar.

Menschen - Rechte - Aktiv

Wir stellen immer wieder fest, dass gerade im ländlichen Raum ein großer Bedarf an präventiver Bildungsarbeit im Bereich Antirassismus und Menschenrechte besteht. Es sind vor allem Sportvereine, Kirchengruppen, Jugendhäuser, aber auch Schulen aus dem ländlichen Süd- und Mittelhessen, Rheinland-Pfalz und dem nördlichen Bayern, die sich an uns wenden, und von der Zunahme rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Vorfälle in ihrem Umfeld berichten. Vor diesem Hintergrund bietet unser Jugendbildungsprojekt „Menschen - Rechte - Aktiv. Vernetzt für ein Miteinander ohne Diskriminierung“ lokalen Akteuren im ländlichen Raum eine professionelle Unterstützung im Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Tendenzen vor Ort. Den Kern bilden eine mobile, interaktive Ausstellung und daran anknüpfend pädagogische Angebote für Jugendliche zum Thema Rassismus, Diskriminierung und Menschenrechte. Es wird in Jugendzentren, Vereinen und anderen Institutionen in ländlichen Regionen für die Dauer von vier bis sechs Wochen angeboten. Die Jugendlichen werden angeregt, das eigene Handeln zu reflektieren und gegen verschiedene Formen von Rassismus und Diskriminierung in ihrem Umfeld einzutreten. Die Konzeption der Ausstellung und der Einsatz von neuen Medien knüpfen an die Lebenswelt der Jugendlichen an. Neben den unterschiedlichsten Medien werden innovative Exponate entwickelt, die die Inhalte transportieren. In den begleitenden Workshops erstellen die Jugendlichen dann auch eigene Exponate wie Videofilme, Hörbeispiele und Fotocollagen, die die Ausstellung systematisch erweitern. Sie tauschen sich über das Projekt mit anderen Jugendlichen online aus und gestalten so auch Bausteine einer virtuellen Ausstellung. Die Perspektiven der Jugendlichen, ihre Auseinandersetzung mit den Themen des Projektes sowie deren kreative Umsetzung soll auf einer Projekthomepage dokumentiert werden und das Ziel haben, verschiedene Akteure an unterschiedlichen Standorten miteinander zu vernetzen.

In der Mitte der Gesellschaft

In unserer heterogenen Einwanderungsgesellschaft sind das Prinzip der Gleichheit aller Individuen und das Verbot von Diskriminierung noch nicht vollständig verwirklicht. Selbst die Kernidee der zu achtenden Würde eines jeden Einzelnen kann, wie es sich zeigt, in unserer Gesellschaft nicht als selbstverständlich voraussetzbarer Konsens betrachtet werden. Daher ist es von immenser Bedeu-

Jeder einzelne ist wichtig

tung, die Anerkennung der Menschenrechte und ihre Bedeutung für jede und jeden Einzelnen zu vermitteln. Wichtig bei der Konzeption der Ausstellung ist uns zu zeigen, dass rassistische Einstellungen und diskriminierende Handlungen nicht ausschließlich bei Akteuren der extremen Rechten zu verorten sind, sondern sich in allen Bereichen der Gesellschaft wiederfinden. Dabei sollen auch strukturelle und institutionelle Diskriminierung benannt werden, denn diese Formen der Diskriminierung werden oft nicht direkt wahrgenommen und führen manchmal zu der Annahme, dass extreme Ansichten und diskriminierendes Handeln ‚normal' seien.

Anhand von konkreten Themen der Ausstellung wie z. B. „Rassismus und Diskriminierung in den Medien" oder „Individuelle Lebensentwürfe als Gegensatz zu einer gesellschaftlichen Vorstellung von Normalität" wollen wir diese Bedeutung der Menschenrechte den Jugendlichen näherbringen und sie zu einem Eintreten für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung ermutigen.

Vernetzte Präventionsarbeit

Die gesammelten Erfahrungswerte und ein organisationsinterner Reflexionsprozess unserer Arbeit im Rahmen des „Beratungsnetzwerks Hessen. Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" ließen uns zu dem Schluss kommen, dass die Bildungs- und Beratungsarbeit in konkreten Fällen von Rassismus und Rechtsextremismus nur gelingen kann, wenn sie in eine umfassende präventive Struktur eingebettet ist. Unser Projekt hat daher neben dieser pädagogischen Konzeption und Didaktik auch das Ziel, zivilgesellschaftliche Kräfte gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu bündeln. So unterstützen wir den Aufbau von Netzwerken von aktiven Personen und Funktionsträgern in den Gemeinden und Kommunen und bieten eine langfristige fachliche Begleitung. Das Projekt verbindet so den Bereich der Jugendbildungsarbeit mit aktiver Unterstützung der Zivilgesellschaft. Es wird gefördert von AKTION Mensch sowie der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

Nicole Broder

bildungsstätte anne frank

Bildungsstätte Anne Frank

Die Bildungsstätte Anne Frank ist eine Bildungseinrichtung, in der sich Jugendliche und Erwachsene mit der Geschichte des Nationalsozialismus sowie ihren vielfältigen Bezügen zur Gegenwart auseinandersetzen können.
Neben Angeboten in der interaktiven multimedialen Dauerausstellung „Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland" bietet sie Fortbildungsseminare, Beratungen und Projekttage für Jugendliche, pädagogische Mitarbeiter/-innen unterschiedlichster Einrichtungen sowie Lehrer/-innen und Referendar/-innen zu historischen und aktuellen Themen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Menschenrechte an.

Bildungsstätte Anne Frank

Hansaallee 150
60320 Frankfurt/M.
Tel.: 069/560002-0
Fax: 069/560002-50

info@jbs-anne-frank.de
www.jbs-anne-frank.de

Gemeinsame Entwicklung neuer Projekte mit kreativen Methoden

Active Citizenship
Ein multilateraler Jugendaustausch über demokratische Beteiligung und Engagement von Jugendlichen in Europa

Internationales Forum Burg Liebenzell e.V.

Fünfzig Jugendliche im Alter zwischen 14 und 26 Jahren aus fünf europäischen Ländern konnten sich innerhalb von drei Jahren über ihre Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene austauschen und gemeinsame Ideen für lokale und europäische Projekte entwickeln. Sie alle sind in Jugendgemeinderäten und ehrenamtlichen Vereinen in Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und der Türkei engagiert.

Im Sommer trafen sich die engagierten Jugendlichen im Internationalen Forum Burg Liebenzell. Mit diesen fünfzig Jugendlichen sollte das bereits im Oktober 2011 in Paris begonnene Netzwerk von Jugendgemeinderäten in Europa vertieft und intensiv zum Thema demokratische Jugendbeteiligung gearbeitet werden. Die Projektidee hatte unsere französische Partnerorganisation, das Europahaus Yvelines in St. Germain en Laye. Finanziert wurde das gesamte Projekt mit Projektmitteln der Europäischen Union (JUGEND in AKTION) und des Kultusministeriums Baden-Württemberg, regionalen Fonds aus Frankreich und Schweden, Mitteln der Robert-Bosch-Stiftung und der Sparkassenstiftung Pforzheim-Calw. Die Jugendlichen zahlten keinen Teilnahmebeitrag. Dies trug dazu bei, dass Jugendliche aus allen sozialen Schichten aus den fünf Ländern teilnehmen konnten. Vielfältig, kommunikativ und interaktiv arbeiteten die Jugendlichen an ihrem ureigenen Thema Jugendbeteiligung.

Spurensuche Jugendbeteiligung

Der erste Tag begann mit dem gegenseitigen Kennenlernen und einem Austausch über die Initiativen und Projekte der Jugendlichen aus den fünf Ländern. Dieser Austausch wurde ähnlich einem Markt der Möglichkeiten organisiert, um eine angenehme und konstruktive Atmosphäre zu schaffen. Dies war der Beginn einer Wo-

Die Teilnehmenden diskutieren mit Ernsthaftigkeit und Engagement ihre Themen

che, die das Thema der aktiven Jugendbeteiligung an Politik und am gesellschaftlichen Alltagsgeschehen aus persönlichen Blickwinkeln beleuchtete. Die Jugendlichen stellten kommunal verankerte Jugendparlamente und ihre Aktivitäten vor. Diese reichten von der Mitarbeit in Jugendhäusern, der Organisation von Musikevents über Antirassismus-Aktionen oder gesundheitspolitischer Aufklärungs- und Informationsarbeit bis hin zu europapolitischen Aktivitäten. So informierte man sich gegenseitig, stellte Fragen und diskutierte über die jeweiligen Herausforderungen und Erfolge der vorgestellten Projekte.

Eine Exkursion führte die europäische Gruppe nach Stuttgart. Zuerst traf sie Fabian Reidinger vom Büro der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Er sprach über die Entscheidung der grün-roten Landesregierung, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Eine zentrale Frage lautete: „Ab wann ist ein Mensch alt genug, um an politischen Wahlen teilzunehmen?". Die sich anschließenden Fragen der Jugendlichen konzentrierten sich auf Verfahrensfragen, welche Themen sich denn für Bürgerbeteiligung eignen würden und wie Beteiligungsprozesse in Onlinemedien transparent präsentiert werden könnten. Ganz still wurde es im Saal, als eine Teilnehmerin aus Italien die katastrophale wirtschaftliche Situation in Süditalien schilderte und die individuelle Verzweiflung, die damit für viele Menschen im Moment einhergeht. Die Atmosphäre in der Gruppe änderte sich schlagartig, da deutlich wurde, welche Auswirkungen das Gefühl von Ohnmacht gegenüber verantwortungslosen politischen Akteuren – trotz Demokratie – haben kann.

Ein Jugendratsprojekt in Stuttgart

Gemeinsam mit zwei Stuttgarter Jugendrätinnen und Roland Kelm, zuständiger Mitarbeiter der Stadt Stuttgart für die Jugendräte, besuchte die Gruppe einen von den Jugendrät/-innen in Kooperation mit den Anwohner/-innen geplanten und gestalteten Platz. Ein vorher unbebautes Land wurde so zu einem Gelände mit Skater-Park, Bühne und Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt.

Während die einen die Stadtführung von und für Jugendliche mitmachten, bestand für jeweils zwei Teilnehmende pro Land die Möglichkeit, den Grünen-Landtagsabgeordneten Andreas Schwarz zu treffen. Der hat eine politische 'Modellkarriere' erlebt. Er war zunächst Jugendgemeinderat, dann Mitglied im Gemeinderat und ist nun Abgeordneter im Landtag. Die Jugendlichen interessierten sich für seine politischen Ideen und die Veränderungen in seinem persönlichen Leben, die die Karriere mit sich bringt. Ihnen imponierte seine Haltung. Er vertrete nur das, wovon er überzeugt sei, meinte er. Auch wenn er Kompromisse natürlich akzeptiere, würde er aber nicht darauf verzichten, seine Position immer wieder einzubringen.

Nochmal unterwegs

Von Bad Liebenzell nach Stuttgart und dann nach Straßburg: Im Europaparlament traf man sich mit Rainer Wieland, einem der stellvertretenden Präsidenten des Parlamentes. Er betonte die Wichtigkeit, die Bürger/-innen am europäischen Integrationsprozess zu beteiligen und ermutigte die Jugendlichen, die Konsultations- und Beteiligungsangebote von europäischer Seite wahrzunehmen. Auf die Frage einiger türkischer Jugendlicher zum EU-Beitritt der Türkei machte er deutlich, dass er der EU-Mitgliedschaft in den nächsten Jahren ablehnend gegenübersteht. Damit versetzte er dem jugendlichen Enthusiasmus einen ordentlichen Dämpfer.

Der Freitag diente der Projektideenbörse und Projektkonzeption. Nach den vielen inhaltlichen und programmatischen Impulsen konnten die Jugendlichen ihre Ideen für Beteiligungsformen in

ihren Kommunen und in gemeinsamen europäischen Projekten entwickeln. Eine Einheit über Projektmanagement und -finanzierung bot allen zusätzlich eine hilfreiche Orientierung. Am Ende des Tages stellten die Teilnehmenden ihre verschiedenen Projekte vor: Umweltworkshops für Kinder und Jugendliche, ein Musikevent gegen Rassismus, ein Medien- und Theaterprojekt, um die kulturelle Vielfalt in Europa zu zeigen, und einen Menschenrechtsworkshop für Kinder.

Feedback ohne Kater

Beschwingt wanderte die Gruppe am Abend auf Einladung des Jugendgemeinderates Bad Liebenzell ins Jugendhaus zu informellen Gesprächen und einem Grillabend. Neben Gesprächen und Essen

Gute Stimmung während des Projektes

sorgte ein DJ für Tanz und gute Stimmung. Und alles ohne Alkohol - die Jugendgemeinderatssprecherin war beeindruckt.

Müde, aber ohne Kater, ging es am nächsten Morgen an die schriftliche (auf Metaplantafeln und einem Feedbackbogen) und mündliche Evaluation. Die Jugendlichen versicherten, jede Menge gelernt zu haben. Sie hatten geübt, Deutsch und Englisch zu sprechen, kamen zu einer neuen Selbst- und Fremdeinschätzung, hatten konstruktives Teamwork erlebt und den europäischen Geist gespürt. Vor allem aber seien sie ermutigt und befähigt worden, ihr Engagement für demokratische Jugendbeteiligung mit neuen Projekten und Ideen auszubauen, lokal und europäisch. Über Blogs und Facebook bleiben sie in Kontakt.

Gertrud Gandenberger

Internationales Forum Burg Liebenzell e.V.

Das IFBL ist eine Akademie der politischen Bildung und internationalen Jugendbegegnung im Schwarzwald. Seit 1953 ist die Burg Liebenzell Lern- und Begegnungsort für junge Menschen aus aller Welt. Sie setzen sich intensiv mit europäischen Themen, der Verwirklichung von Menschenrechten und Demokratie und anderen aktuellen politischen Herausforderungen auseinander, ganz im Sinne der Gründungsidee des Vereins, ein ‚Kleines Modell für Europa' zu sein.

Internationales Forum Burg Liebenzell e.V.

Burg Liebenzell 1
75378 Bad Liebenzell
Tel.: 07052/9245 - 0
Fax: 07052/9245 - 18

info@internationalesforum.de
www.internationalesforum.de

Was bedeutet es Europäer zu sein?
Jugendliche können Europa besser

Europa-Haus Marienberg

Seit 1951 hat das Europa-Haus Marienberg 200.000 Europäer aus Nord und Süd, West und Ost dabei unterstützt, gemeinsame Vorstellungen über die Zukunft Europas zu entwickeln und zu vertiefen. Diese Aufgabe bleibt nach wie vor aktuell, wie das Beispiel eines Projekts im Herbst 2012 zeigt, das die politische Wahrnehmung, Motivation und Partizipation junger Menschen anregen sollte.

Junge Europäerinnen im Europahaus Marienberg

Mr. Politics

„Europa braucht einen neuen Helden – aber wer würde das sein?!" Die Antwort auf diese Frage verraten Tomas, Paulius, Vilius, Luis, Vaclav, Povilas und Andrius im selbstgemachten Video ihrer Gruppe „LAPTV" – benannt nach einem System, mit dem man vom Laptop aus digitales Fernsehen empfangen kann. Mr. Politics, ein neuer Superheld, soll Europa vor der Krise retten. Die imaginäre Figur in der Phantasie der Jugendlichen bewegt sich im von Schwierigkeiten umhüllten Europa, wo nicht einmal die Sonne mehr schön scheint, als Helfer in der Not. Dort, wo Politiker nichts tun und trotzdem weiterhin Geld verdienen, ist die Zeit gekommen, dass Mr. Politics eingreift. Der Held ist ein aufrichtiger Europäer und arbeitet völlig transparent, ungebunden und sehr fit für das Glück der Menschen. Kriminelle haben bei ihm keine Chance - und das unabhängig von ihrem Status und ihrer Macht. Mr. Politics inspiriert alle Politiker gut zu sein. Und die bleiben auch so - selbst wenn er geht!

Raus aus dem Hinterhof

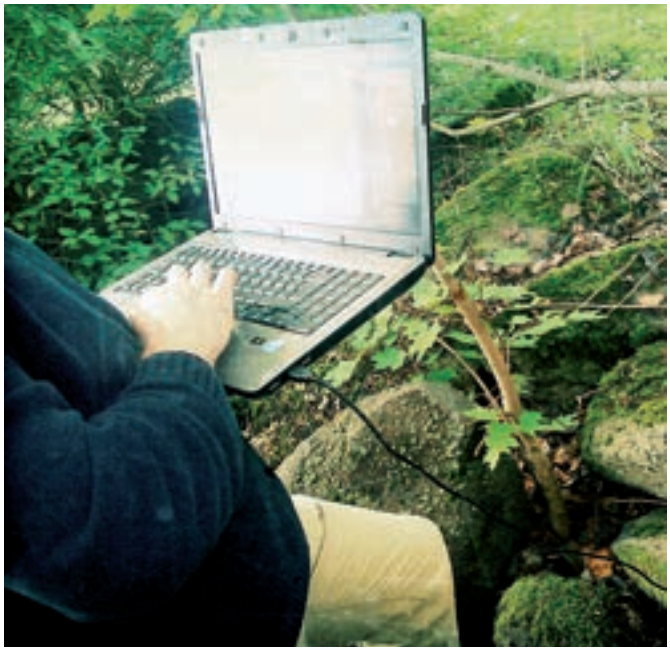
58 Jugendliche kamen im Europa-Haus Marienberg im Oktober 2012 für eine Woche zusammen, um sich in dem Projekt „Escaping from the Backyard" über nationale und europäische Politik Gedanken zu machen und Ideen auszutauschen. Ausgangspunkt der Jugendlichen, die aus sieben verschiedenen Ländern – Litauen, Kroatien, Österreich, Slowenien, Spanien, Tschechien und Deutschland – kamen, waren die von ihnen beobachteten Missstände in der EU. Dabei wollten sie nicht stehenbleiben: „Europa – Das können wir besser!" lautete die ambitionierte Aufgabe.

Welche Mittel und Wege gibt es, um bei Angelegenheiten von Europa mitzureden? Was möchte die Jugend überhaupt für Europa? Wie sieht die nahe oder ferne europäische Zukunft aus? Was wird die internationale Situation bzw. die internationale Politik dazu beitragen? Wie werden wir unser Europa gestalten, wenn wir entscheiden dürfen? Für eine Beantwortung dieser Fragen nutzten die 15- bis 19-jährigen Jugendlichen die Vielfalt der digitalen Medien, erstellten kreativ Videos und Comics und konstruierten Webtools. Ganz wichtig war es ihnen, die Ergebnisse zu veröffentlichen, was ihnen mit Hilfe von sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter gelang. Damit traten sie „Raus aus dem Hinterhof" und publizierten ihre Ideen, wie sie Europa gestalten und entwickeln wollen.

So zeigten sie mit einer sensiblen politischen Wahrnehmung auch Medienkompetenz und stärkten ‚ganz nebenbei' ihr Selbstbewusstsein und ihre Kommunikationskompetenz.

Jugendseminare „Think Europe" im Europa-Haus Marienberg

Schwerpunkt und Markenzeichen des Europa-Hauses Marienberg, der mit 62 Jahren ältesten europäischen Akademie, ist die außerschulische europäische Jugendbildung. Bei Begegnungen von Jugendlichen aus ganz Europa werden Gemeinsamkeiten deutlich, Vorurteile überwunden sowie Respekt, Toleranz und kulturelle Vielfalt erfahrbar. Im Rahmen des aktuellen Gesamtkonzepts „Think



Think Europe – auch im Garten

Die Jugendlichen treffen sich im Plenum mit Projektleiter Karsten Lucke vom Europahaus Marienberg

Europe“ finden fünf bis sechs Mal im Jahr europäische Jugendbegegnungen sowie ganzjährig viele weitere nationale, bi- und trinationale europäische Jugendprojekte statt, deren teilnehmerzentrierter Ansatz das Interesse der Jugendlichen für die europäische Politik aufspürt und durch das Zusammentreffen von Jugendlichen aus verschiedenen Ländern als Teil der eigenen Lebenswelt erfahrbar macht.

„Think Europe“ und die dazugehörigen Projekte zur europäischen Jugendbildung spielen eine zunehmend wichtige Rolle, weil das Interesse für Europa und für die europäische Identität mittlerweile weitgehend gesunken ist. Auch wichtige Etappenschritte der letzten Jahrzehnte wie die Direktwahl des Europäischen Parlaments, Vollendung des Binnenmarktes, die Einführung der gemeinsamen Währung, vertragliche Vertiefungen und entscheidende Erweiterungsschritte brachten keine Begeisterung in der Bevölkerung für Europa. Genau an dieser Stelle setzt sich das „Think Europe“ - Konzept für die Aufklärung junger Europäer und Europäerinnen zu allen Themen rund um Europa, europäische Gesellschaft, Identität und Politik ein. Mit Erfolg - Das erste Projekt zur multinationalen Jugendbewegung in diesem Konzept wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung als „Good Practice - Beispielhafte Bildungsarbeit“ ausgezeichnet.

Die Resonanz beweist es

Auch „Escaping from the Backyard“ wurde nach dem Prinzip konzipiert, nicht bloß Inhalte über Europapolitik zu vermitteln, sondern Menschen dazu zu bewegen, Europa zu verstehen und mitzugestalten. Dies gelang durch Präsentationen, E-Learning, Diskussionsrunden, spielerischen Lernformen, Expertenbefragungen, Planspielen und vieles mehr. Und dann ging es um Themen, die nicht

weit weg, sondern ganz alltäglich waren: Internet, Atomenergie, gesellschaftliches und soziales Engagement, Berufsmöglichkeiten oder das Leben miteinander.

„Wir mögen die Idee von diesem Projekt und wir lieben das Mittagessen. Bad Marienberg ist ein schöner Ort!" schreibt einer der Jugendlichen auf der Internetseite, welche für dieses Projekt er-

„Brücken bauen" war hier das Thema

stellt wurde. Eine andere, die das Haus schon kennt, schreibt erwartungsvoll: „Wir glauben, dass wir hier eine wundervolle Zeit verbringen und dabei sehr viel Spaß haben werden. Außerdem hoffen wir darauf, unser Englisch aufzubessern, neue Menschen zu treffen und auf … Waffeln!"

2013 werden junge Menschen im Alter von 15-19 Jahren aus Tschechien, Italien, Polen, Ungarn, Deutschland, aus der Slowakei und vielen weiteren europäischen Ländern in Marienberg erwartet. Schwerpunktmäßig wird es dann darum gehen, sich mit der europäischen Identität auseinanderzusetzen. Auch dieses Mal ist es ein Ziel, die Ablehnung junger Europäerinnen und Europäer gegenüber Europa und der europäischen Gesellschaft zu verstehen und – perspektivisch - zu mindern. Aber vielleicht hat bis dahin „Mr. Politics" schon für ein besseres Europa gesorgt?

Auf http://backyardeurope.wordpress.com/ kann man sich die interessanten Ergebnisse von der einfallsreichen Produktivität der Jugendlichen sowie Fotos von der multinationalen Begegnung in Bad Marienberg anschauen. Noch mehr Eindrücke gibt es auf dem Blog http://thinkeurope.net.

Elif Aruk

Das Europa-Haus Marienberg

Das Europa-Haus Marienberg, gegründet 1951 als erstes europäisches Bildungs- und Begegnungszentrum und Stammhaus von über 100 Europa-Häusern und Akademien in über 30 Ländern, ist seit 1975 Öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts. Gemeinsame Stifter sind der Europa-Haus Marienberg e.V. und das Land Rheinland-Pfalz.
Die Stiftung ist gemeinnützig und politisch sowie konfessionell unabhängig. Ihr Zweck ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration durch außerschulische Projekte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Europa-Haus Marienberg
Öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts

Europastraße 1
56470 Bad Marienberg
Tel.: 02661/640 - 0
Fax: 02661/640 - 100

ehm@europa-haus-marienberg.de
www.europa-haus-marienberg.eu

Innere und äußere Sicherheit in Europa
Ein Seminar für Polizistinnen und Polizisten

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.

Für die Sicherheit in Europa sind unter anderem Polizistinnen und Polizisten zuständig. Das Gesamteuropäische Studienwerk (GESW) in Vlotho führte daher mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ein Seminar durch, das aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen und deren Folgen für die Polizeiarbeit zum Thema machte.

Die Teilnehmenden des Seminars vor dem GESW in Vlotho

Die Europäische Union muss nicht nur eine chronische Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen, sondern muss sich auch sicherheitspolitischen Aufgaben wie der Bekämpfung von Schleusern, politischen Extremisten und gewaltbereiten Fußballfans widmen. Gerade das Jahr 2012 mit der Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine lieferte diesbezüglich europaweit entsprechende Ereignisse und Schlagzeilen.

Rechtsextremismus in Europa

Dem Rechtsextremismus und der Bedeutung von Neonazis in Europa, Deutschland und vor Ort wurden drei Seminarmodule gewidmet, die um eine Exkursion zur Gedenkstätte Wewelsburg – der einstigen SS-Ordensburg – ergänzt wurden. Deren neue Ausstellungskonzeption verbindet anschauliche historische Analyse mit dem Versuch, sowohl bei erwachsenen als auch jugendlichen Besucher/-innen Anlässe zur Reflexion aktueller Ausgrenzungsprozesse zu schaffen.

Die Exkursion zur Wewelsburg diente dazu, den historischen Zusammenhang zwischen NS-Ideologie und den heutigen Exzessen der Neonazi-Szene herzustellen. Von einer jungen Historikerin der Universität Bielefeld wurde eine zweistündige Führung geboten, bei der die Teilnehmer/-innen die Gelegenheit hatten, Fragen zu stellen, ihre eigenen Erfahrungen einzubringen sowie die Parallelen und Unterschiede zwischen der Ideologie des ‚Dritten Reichs' und der Propaganda der heutigen Neonazis zu reflektieren und zu diskutieren.

Den Rechtsextremismus in Europa thematisierte Navina Engelage (GESW). Dabei ging es zunächst um eine adäquate Abgrenzung der verwendeten Begriffe. In der politischen Auseinandersetzung werden die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus häufig synonym gebraucht. Ausgehend von einer Definition der beiden Begriffe diskutierten die Seminarteilnehmer die These des niederländischen Politologen Cas Mudde. Dieser meint: „Während die extreme Rechte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die stärkste Bedrohung für die westeuropäische Demokratie darstellte, geht die größte Herausforderung für liberale Demokraten in Europa heute von der radikalen Rechten aus." Nach den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien spricht einiges für die These Muddes. Wer wählt die Parteien? Wie werden die Wähler mobilisiert? Warum verlieren die Parteien der Mitte das Vertrauen vieler Wähler? Die Wählerschaft und ihre Wertehaltung sowie die Mobilisierungsstrategien und Erfolgsbedingungen der Rechtsaußenparteien standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Der Abgeordnete Stefan Schwartze MdB (im Bild in der Mitte) zu Besuch im Seminar

Rechter Terror heute

Der Einstieg in das Modul, das dem rechten Terror in Deutschland gewidmet war, erfolgte über eine 45-minütige Dokumentation über die NSU-Morde, in der eine Chronologie der Ereignisse, eine Analyse des Versagens der Behörden sowie zahlreiche Gespräche mit Verwanden und Bekannten der Täter und Opfer gezeigt wurden. Die Ahnungslosigkeit bzw. Unfähigkeit oder gar Ignoranz im Hinblick auf zielführende Hinweise aus der Bevölkerung wurden dabei deutlich. Die Betroffenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war groß, da sie mit dem Versagen ihrer Behörden in mehreren Bundesländern konfrontiert wurden. In der Föderalismusproblematik und dem voneinander unabhängigen Ermitteln der einzelnen Landespolizeibehörden erblickten die meisten die Hauptursache für das polizeiliche Versagen. Von den Politiker/-innen wurde gefordert, mehr für die Prävention der Ausbreitung rechtsextremer Ideologien zu tun. In der Arbeit des Ausschusses erblickt man die Chance für einen Neuanfang.

Gewalt in Fußballstadien und Infiltration durch Rechtsextremisten

Ein besonderes Phänomen ist rechte Gesinnung und Gewalt im Fußballstadion. Jörg Lauenroth von der Deutschen Polizeigewerkschaft referierte anhand einer ZDF-Dokumentation über die Zusammenhänge zwischen Hooligan-Gewalt in den Stadien und der Infiltration dieser Gruppen durch rechtsextreme Organisationen. Am Beispiel von Borussia Dortmund erläuterte er das Vorgehen scheinbar ‚harmloser' Fan-Gruppen wie die „Desperados". Diese bezeichnen sich zwar als unpolitisch, sind aber für „rechts offen". Aus einem Interview mit dem bekannten Rechtsextremisten Christian Worch („Die Rechte") wurde deutlich, dass man sich in Dortmund gezielt um junge Leute aus der Fußballszene bemüht. Auch sind Protagonisten der einstigen, klar nationalsozialistisch orientierten „Borrussenfront" im Stadion vertreten. Die Gewalt in den Stadien hat gesellschaftliche Ursachen. Die Täter – Jugendliche und junge Erwachsene – stammen aber nicht nur aus einer orientierungslosen Unterschicht, vielmehr rekrutieren sie sich häufig aus einer materiell und sozial abgesicherten Mittelschicht.

Cordula Henning aus Hamburg, Chefin der Landespolizeistelle Sporteinsätze, gab einen Überblick über die polizeiliche Gewaltprävention im Fußball. Am Beispiel konkreter Ereignisse wie Fan-Trennung und bauliche Probleme in den Stadien, Alkohol-Verbote, Einsatz von szenekundigen Beamten/-innen in Hamburg und in anderen Städten des Bundesgebiets erklärte die Referentin die Vorgehensweise der Polizei vor und in den Stadien.
Die bedingungslose Gewaltbereitschaft in der Fan- und Hooliganszene, so erläuterte sie, habe nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zugenommen. Kritisch bemerkt wurde, dass dem Kommerz nicht selten ein höherer Stellenwert beigemessen werde als der Sicherheit.

Eine Daueraufgabe für die politische Bildung

In der Seminarauswertung hob der Seminarleiter die gesellschaftliche Dimension rechtsextremer Gewalt und Verbrechen und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger hervor. Zuvor hatte er am Beispiel der Stadt Vlotho und ihres Kampfes gegen das rechtsextreme „Collegium Humanum" aufgezeigt, wie Bürgerengagement zum Verbot des rechtsextremen Vereins führte. Die politische Bildung sei im Hinblick auf den Rechtsextremismus in besonderem Maße gefordert, meinte er. Nicht nur aus ethischen Gründen seien Rechtsextremismus und Gewalt zu bekämpfen. Die Tolerierung fremdenfeindlicher Tendenzen sowie eine inkonsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus können zu gravierenden Folgen für die innere Sicherheit des Landes führen.

Dr. Zbigniew Wilkiewicz

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.

Das 1954 in Vlotho gegründete Gesamteuropäische Studienwerk e. V. beschäftigte sich über Jahrzehnte mit der deutschen und europäischen Teilung nach 1945. Neben dem Systemvergleich rückte allmählich die Auseinandersetzung mit Ostmitteleuropa – und insbesondere mit Polen – immer stärker in den Mittelpunkt unserer Seminararbeit.
Nach der Wende der Jahre 1989/1990 stehen im Rahmen unserer gemeinsam mit den übrigen Ost-West-Instituten entwickelten Konzeption „Jugend für Gesamteuropa" die Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa sowie die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration der Europäischen Union im Zentrum unserer mit Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführten Seminare.

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.

Südfeldstraße 2 – 4
32602 Vlotho
Tel.: 05733/9138-0
Fax: 05733/9138-47

info@gesw.de
www.gesw.de

„Rosa & Karl“
Demokratie, Menschenrechte, Sozialismus

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.

Vor nunmehr vierzehn Jahren entwickelten die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein und der Bundesvorstand der SJD – Die Falken gemeinsam ein Veranstaltungsformat, das an zwei wichtige Theoretiker/-innen und Praktiker/-innen der sozialistischen Bewegung und der Arbeiterjugendbewegung erinnert: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Jedes Jahr im Januar treffen sich junge Menschen aus Deutschland und Europa in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein im brandenburgischen Werneuchen/Werftpfuhl nah bei Berlin zum „Gedenken und Voraus-Denken“. In diesem Jahr waren es 220 junge Leute, die sich vom 11.-13. Januar mit der Tradition der Arbeiterjugendbewegung und dem Wirken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigten. Der Zeitraum ist nicht zufällig gewählt. Am 13. Januar 1919 wurden die beiden Schlüsselfiguren der Arbeitsbewegung verhaftet, auf den 15. Januar wird ihre Ermordung datiert.

Demokratie und Demokratiegefährdung

Das Thema Demokratie und Demokratiegefährdung begleitet die organisierte Arbeiterjugendbewegung seit ihrer Gründung im Jahr 1904. In der Tradition der sozialistischen Jugendbewegung wird Demokratie als Prozess der Demokratisierung aller Lebensbereiche gefasst. Der Namenspatron der Bildungsstätte, Kurt Löwenstein, konzipierte seine Vorstellungen von sozialistischer Erziehung in der Weimarer Republik als eine Demokratiepädagogik, die in Prozesse der Demokratisierung aller Lebensbereiche eingebettet ist.

Eine so verstandene Demokratie – sowohl als Form der Gestaltung politischer Prozesse als auch als Formen des gesellschaftlichen Miteinanders – ist derzeit in ganz Europa vor allem gefährdet durch eine Ideologie der Ungleichheit, wie sie in den Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschrieben wird, und durch unterschiedliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Demokratiegefährdung kann man aber auch in der schleichenden Aushöhlung von Demokratie erkennen. Ganz aktuell ist diese ‚Erosion‘ im Zuge der faktischen Teilentmachtung der gewählten Parlamente während der Bankenkrise zu beobachten. Schon längere Zeit ist die Tendenz zur ‚Konsensdemokratie‘ ohne echte Alternativen sowie eine Reduktion von Beteiligung auf die Teilnahme an nicht mehr hinterfragbaren Verfahren virulent.

Demokratiepädagogik

Von Stuttgart bis Leipzig, von Rostock bis Regensburg waren sie nach Werftpfuhl gekommen. Die engagierten Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren aus den Gliederungen der „Falken“ in

Teilnehmende Jugendliche entwerfen ein Banner für die Veranstaltung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten in elf verschiedenen Workshops

Deutschland reisten aus dem gesamten Bundesgebiet an. Auch internationale Gäste von Schwesternorganisationen der SJD – Die Falken aus Israel, Irland, Frankreich und Österreich waren in der Jugendbildungsstätte zu begrüßen.

Gemeinsam setzen sich die Teilnehmenden in elf Workshops mit historischen, theoretischen und tagespolitischen Themen auseinander. Das Spektrum reichte von der Frage, was von großen moralischen Werten zu halten ist und ob sie für eine Kritik am Bestehenden taugen, über historische Themen wie Karl Liebknechts Kampf gegen Militarismus bis zur Situation von Roma und Sinti in den Ländern Europas. Durch ein umfangreiches Programmheft hatten sich die Teilnehmenden bereits im Vorfeld über die Workshops informiert, die zum großen Teil auch von aktiven Jugendlichen selbst vorbereitet und durchgeführt wurden.

Einen Fokus bildete die Frage der Menschenrechte und der Kinderrechte. So ging es um das Konzept der Inklusion, wie es mit der UN-Behindertenrechtskonvention internationaler Standard geworden ist. Mit der Konvention wird die Schaffung von Voraussetzungen für eine volle Teilhabe aller erstmals als staatliche Aufgabe rechtlich verankert. Es ging um das Recht der Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen an allen für sie relevanten Lebensbereichen, zum Beispiel auch in der Schule. Dies ist eine noch zu verwirklichende Aufgabe. Es wurde aber auch die Gestaltbarkeit von politischen Rahmenbedingungen für ökonomische Prozesse diskutiert. Dabei ging es nicht nur um die Verschuldungskrise, um Spekulationsgewinne und deren gesellschaftlichen Folgen, sondern es wurden auch, im Sinne einer Kapitalismuskritik, die Strukturen der Gesellschaft analysiert.

Im englischsprachigen Workshop „Europa auf dem ‚rechten' Weg" diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Entwicklungen von Rechtsterrorismus und rechtsextremen Parteien. Der zunehmende Einfluss von rassistischen, anti-demokratischen und rechtspopulistischen Gruppierungen auf die Diskurse in vielen Ländern Europas macht den Jugendlichen Sorge. Sie tauschten ihre Erfahrungen aus und entwarfen mögliche Gegenstrategien.

Diskussion im Plenum

Neben den Workshops gab es zwei historische Stadtrundgänge in Berlin. In „Neukölln gestern und heute“ ging es rund um Löwenstein, Rütli-Schule, Buschkowsky, Anton Schmaus, ein böhmisches Dorf, den Soldatenkönig, Migration, Sonnenallee und Gentrifizierung, Hipster und sozialer Brennpunkt um „Reformversuche, Protestbewegungen, Widerstand“. Und in Charlottenburg erforschte man die ‚rote Geschichte‘ des Stadtviertels.

Im Rahmen des abendlichen Kulturprogramms fand eine Lesung mit Manja Präkels und Markus Liske statt. In dem von ihnen herausgegebenen Buch „Kaltland“, entstanden zum 20. Jahrestag der rechtsextremistischen Anschläge von Hoyerswerda, versammeln sie Geschichten und Originaltöne aus der Zeit Anfang der 90er Jahre. Den jungen Besucher/-innen der Lesung wurde durch die Erfahrungsberichte sehr deutlich, dass demokratische Standards keinesfalls selbstverständlich sind und immer wieder gesellschaftlich verteidigt und durchgesetzt werden müssen.

Selbst aktiv werden

Neu an der Veranstaltung im Jahr 2012 war, dass sie erstmals ihren Abschluss in einer eigenen Gedenkdemonstration finden sollte. Mit Begeisterung und großem Einsatz wurde diese vorbereitet. Thomas Gill, Geschäftsführer der Jugendbildungsstätte und Mitorganisator des Seminarwochenendes, berichtet: „Bis spät in die Nacht haben 50 Jugendliche und junge Erwachsene engagiert darüber diskutiert, was die angemessene Form des Gedenkens an Rosa und Karl ist.“ Die Demonstration wurde dann in Zusammenarbeit mit anderen linken Jugendverbänden aus Berlin auf die Beine gestellt.

Es wurde eine gelungene und vielbeachtete Premiere. 700 Personen erschienen zur Auftaktkundgebung „Gedenken in der Krise“ am 13. Januar. Man versammelte sich am Elefantentor des Berliner Zoos gegenüber des ehemaligen Standorts des Hotels Eden, dem Hotel, in das Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stundenlang durch Freikorpsverbände verhört, misshandelt und schließlich ermordet wurden. Die Demonstrationsroute ging dann bis zu den Gedenkorten für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Tiergarten und am Landwehrkanal.

Die Mischung aus Gedenkdemo mit aktuellen politischen Forderungen sollte ein öffentliches Zeichen setzen. „Wir betonen damit das undogmatische und offene Sozialismus-Verständnis, für das Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen“, macht Thomas Gill deutlich. Den Veranstaltern ist wichtig, dass das gemeinsame Denken und Handeln stets offen und kritikfähig bleiben. „Wir haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen“, sagt Thomas Gill, „sondern schreiten fragend voran. Denn unsere Welt ist nicht schwarz-weiß, sondern bunt.“

Thomas Gill

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V

Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein ist die Bundesbildungsstätte der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken in Werftpfuhl bei Berlin. Schwerpunkte der außerschulischen politischen Bildungsarbeit sind Wochenseminare mit Schüler/-innen aus Berlin und Brandenburg, Bildungsurlaubsseminare mit Auszubildenden, internationale Begegnungen und Seminare, Fortbildungen für Ehrenamtliche der Jugendhilfe und diverse Großprojekte.

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.

Freienwalder Allee 8 –10
16356 Werneuchen/Werftpfuhl
Tel.: 033398/8999 -11
Fax: 033398/8999 -13

info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Eine Rente für alle?
Workshop zur Gestaltung einer europäischen Sozialpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene

Studienhaus Wiesneck

Kann ein so scheinbar ‚trockenes' Thema wie die Rentenpolitik der Europäischen Union Jugendliche interessieren und zur Mitgestaltung anregen? Gelingen kann dies vor allem dann, wenn die Art und Weise der Vermittlung selbst Möglichkeiten der Mitgestaltung bietet und den Vorstellungen der Jugendlichen Raum und Gelegenheit zur gegenseitigen Auseinandersetzung gegeben wird. Dies zumindest zeigen die Erfahrungen eines mehrtägigen Workshops im Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., den wir 2012 mit Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren durchführten.

Von den Jugendlichen geleitete Plenumsdiskussion

Die geplante Harmonisierung der europäischen Rentenpolitik macht deutlich, dass Entscheidungen der Europäischen Union sehr konkret in die Lebenswelten junger Menschen einwirken. Wie wir in unserer Arbeit immer wieder feststellen müssen, befördern aber gerade die Diskussionen um die Krise in der Eurozone und die damit verbundenen langfristigen Lastenteilungen innerhalb der Gemeinschaft das Unverständnis gegenüber einem als wenig transparent empfundenem ‚Raumschiff Europa'. Deshalb gilt es verstärkte Anstrengungen zu unternehmen und neue Wege einzuschlagen, um die Motive, Prozesse und Ergebnisse europäischen Regierens zu vermitteln und Jugendliche zur aktiven Mitgestaltung zu motivieren.

Planspiel

Im Studienhaus Wiesneck bearbeiten wir seit vielen Jahren mit Jugendlichen aus zahlreichen Staaten Europas aktuelle Fragestellungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Europäischen Gemeinschaften – oftmals verbunden mit Besuchen bei den europäischen Institutionen in Straßburg. Als besonders motivierendes Element hat sich dabei der Einsatz der Planspieltechnik erwiesen. Ziel eines von uns neu konzipierten und durchgeführten Workshops ist es, grundlegende Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der europäischen Institutionenlandschaft für Jugendliche und junge Erwachsene erfahrbar zu machen und ein Nachdenken über die Perspektiven einer demokratischen Union anzuregen. Als Grundlage für unsere Planspielphase nutzen wir ein von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg entwickeltes Planspiel zum Thema „Mobil in Europa", das wir für unsere Zwecke angepasst haben.

Einführungsphase

Im ersten Teil des Seminars geht es darum, die Vorstellungen, Wünsche oder Kritik der Jugendlichen an der europäischen Politik transparent zu machen. Dazu sammeln die Jugendlichen mit Hilfe der World Café-Methode ihre unterschiedlichen Sichtweisen zur Frage „Demokratische Partizipation – Was heißt das für uns?" und diskutieren die zentralen Ergebnisse im Anschluss im Plenum. Wichtig dabei ist es, die konkreten Erwartungen der Jugendlichen an ein demokratisch gestaltetes europäisches Gemeinwesen klar herauszuarbeiten und für eine Abschlussdiskussion zur Zukunft der Union zu nutzen.

Planspielphase

Da die Jugendlichen in der Regel nur wenige Vorkenntnisse zur Funktionsweise der Europäischen Union mitbringen, müssen zur Vorbereitung des Planspiels die institutionellen Grundlagen gelegt werden. In der Spielphase haben die Jugendlichen genügend Gelegenheit, individuelle Erfahrungen von ‚Macht' beziehungsweise ‚Machtlosigkeit' der von ihnen vertretenen politischen Akteure zu sammeln. Bewährt hat sich an dieser Stelle der Einsatz von Videosequenzen und eines Quizformates, mit dessen Hilfe erste Informationen zur Rolle des Europäischen Rates, des Rates der Europäischen Union, der EU-Kommission, den Mitwirkungsmöglichkeiten des EU-Parlaments sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren thematisiert werden können.

Das Planspiel greift eine konkrete Initiative der EU-Kommission zur Harmonisierung von Rentensystemen aus dem Jahr 2010 auf. Die Methode erlaubt es hierbei den Jugendlichen, durch die Übernahme einzelner Rollen die Konflikte und Positionsdifferenzen zwischen den Mitgliedsstaaten sowie das Zusammenspiel der europäischen Akteure im politischen Entscheidungsprozess ganz persönlich zu erfahren. Ausgangspunkt für die Diskussion sind die unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Ordnungsmodelle

Im Planspiel werden Strukturen deutlich

in den EU-Mitgliedsstaaten, die die Frage nach einer möglichen Harmonisierung äußerst konflikthaft werden lassen. Die Dramatik und Tragweite mancher der anstehenden Entscheidungen für individuelle Lebensschicksale fördern dabei die Rollenidentifikation und das Bewusstsein um die Bedeutung einer gesamteuropäischen Diskussion über soziale Grundbedürfnisse. Im Rahmen des Planspiels nehmen die Teilnehmenden die Rollen von Mitgliedern in Rat und Kommission (aufgeteilt in verschiedene Rollenprofile) sowie der einzelnen Fraktionen des Europäischen Parlaments ein. Darüber hinaus schlüpfen Jugendliche in die Rollen von Presse-

Politische Bildung macht sichtbar Spaß

vertretern, die sich in die Kommissions-, Fraktions- oder Plenumssitzungen einbringen können und in den verschiedenen Etappen des Beratungsprozesses die Zwischenergebnisse dokumentieren. Im Rahmen des Planspiels wird nach der Vorstellung eines Kommissionsvorschlags zur Harmonisierung der Rentenzahlungen das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU in Grundzügen simuliert.

Trotz der Komplexität des Sachbereichs erleben Jugendliche auf diesem Weg, „dass Politik so interessant sein kann", wie es ein Teilnehmender in unserer anonymen Seminarauswertung formulierte. Dass sich überdies „das Wirrwar um Europa teilweise gelegt hat" - wie an anderer Stelle formuliert wurde – deutet darauf hin, dass selbst die komplexen Entscheidungsfindungsprozesse der EU auf diesem Weg zumindest in Ansätzen transparent gemacht werden können. Ein großer Vorteil einer solchen Herangehensweise an das Thema Demokratie in Europa besteht für uns auch darin, dass die Teilnehmenden gefordert werden, sich auf die Rolle bestimmter Funktionsträger einzulassen und damit zu erleben, dass sich das Handeln eines Kommissars oder Parlamentariers nicht allein an persönlichen Interessen orientieren kann. Konflikthafte Aushandlungsprozesse wie in diesem Themenfeld fördern bei Jugendlichen zudem die Fähigkeit, unterschiedliche Positionen zu würdigen und Kompromisse zu finden, die sich an den nicht selten gegensätzlichen Vorstellungen aller Beteiligten orientieren.

Zukunftsperspektiven

Den Abschluss des Seminars bildet eine mit Hilfe der Szenariotechnik entwickelte eigenständige Einschätzung der Teilnehmenden zu den Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union. Wie sich zeigt, können an dieser Stelle die konkreten Erfahrungen der Jugendlichen aus der Planspielphase direkt einfließen. Die Diskussionen um die Gestaltung eines sozialen Europas und die Möglichkeiten einer demokratischen Mitwirkung in diesem Prozess bekommen so Tiefe und Substanz, die durch diese besondere Form handlungsorientierten Lernens gefördert wird. Aus den Auswertungen unseres Seminars erfahren wir überdies, dass die Jugendlichen nach diesem Auftakt motiviert sind, sich auch in anderen Kontexten über ihre konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Union zu informieren.

Dr. Uwe Wenzel und Dr. Beate Rosenzweig

Studienhaus Wiesneck

Das Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., ist eine Bildungsstätte für Jugendliche, junge Erwachsene und Multiplikatoren. Als Ost-West-Institut sieht es seine Aufgabe in erster Linie darin, zur interkulturellen Verständigung, zur Sensibilisierung politischen Problembewusstseins sowie zu politischem Engagement und politischer Partizipation zu befähigen. Die iInhaltliche Schwerpunkte der Arbeit sind:
Die Geschichte beider deutscher Staaten und die Analyse des Vereinigungsprozesses, Geschichte der Ost-West-Beziehungen, Europäische Integration, Nord-Süd-Beziehungen, Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Globalisierungsprozesse. Darüber hinaus vermitteln wir Methoden selbständigen Arbeitens, Medienkompetenz und Präsentationtechniken.

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung
Baden-Württemberg e.V.

Wiesneckstraße 6
79256 Buchenbach
Tel.: 07661/9875 - 0
Fax: 07661/9875 - 99

wiesneck@wiesneck.de
www.wiesneck.de

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – ein Überblick

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ist eine Fachorganisation der außerschulischen politischen Bildung, die ihren Mitgliedern Erfahrungsaustausch, Qualifizierung und gemeinsame Interessenvertretung bietet. Er repräsentiert ein pluralistisches Spektrum voneinander unabhängiger Bildungseinrichtungen, die sich trotz unterschiedlicher Bildungsangebots- und Betriebsformen einig wissen in dem gemeinsamen Ziel, mit ihrer Bildungsarbeit zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie beizutragen und Menschen für gesellschaftliches und politisches Engagement zu motivieren und zu befähigen. Demokratie soll dabei nicht nur gelehrt und gelernt, sondern auch im Alltag gelebt werden. Diesem Verständnis von politischer Bildung liegt das Prinzip vom gemeinsamen Lernen und Leben zugrunde, das vor allem am Lernort Bildungsstätte realisiert werden kann. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen lernen nicht nur miteinander, sondern leben während der Veranstaltung auch in der Bildungsstätte.
Im Arbeitskreis wirken Jugendbildungsstätten und Jugendhöfe, Akademien, Internationale Begegnungsstätten, Heimvolkshochschulen, Europahäuser, Fortbildungswerke und Bildungseinrichtungen der parteinahen Stiftungen mit.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit im AdB sind:

- **Fachkommissionen**

Verschiedene Kommissionen erörtern aktuelle Fragen unterschiedlicher Arbeitsfelder, erarbeiten dazu Stellungnahmen und Arbeitshilfen und setzen sich mit jugend- und bildungspolitischen, didaktisch-methodischen und betriebswirtschaftlichen Sachverhalten auseinander.

- **Fachveranstaltungen**

Mittels Tagungen und Konferenzen greift der AdB wichtige Themen auf und stellt sie zur Diskussion. Die Fachveranstaltungen des AdB richten sich an die Mitgliedsinstitutionen sowie an alle Akteure und politisch Verantwortlichen der politischen Bildung.

- **Fortbildungen**

Seminare, Workshops und Kurse qualifizieren für die Wahrnehmung neuer Aufgaben in verschiedenen Arbeitsfeldern. Die Weiterentwicklung der politischen Bildung und der Arbeit in den Mitgliedsinstitutionen des AdB steht dabei im Mittelpunkt.

- **Qualifizierung der politischen Jugendbildung**

Durch Zuwendungen aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes werden im Rahmen des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ Stellen, Projekte und Kurse gefördert mit dem Ziel, die politische Bildung in den beteiligten Einrichtungen zu qualifizieren, neue Konzepte zu entwickeln und zu erproben und die bundesweite Zusammenarbeit zu unterstützen.

- **Internationale Arbeit**

Im Rahmen bi- und internationaler Fachprogramme für Führungskräfte der Jugendarbeit und Jugendbildung kooperiert der AdB mit Partnerorganisationen in verschiedenen Ländern und organisiert Qualifizierungsprojekte für den Aufbau demokratischer Jugendarbeit z. B. in der Russischen Föderation und der Mongolei. Im Rahmen seiner Zentralstellenarbeit fördert der AdB den Jugendaustausch in den Mitgliedseinrichtungen. Er ist Mitglied des von ihm initiierten Europäischen Bildungsnetzwerks für Demokratie und Menschenrechte – DARE und vertritt die Interessen seiner Mitglieder auf europäischer Ebene.

- **Publikationen**

Über seine Arbeit und die seiner Mitgliedsinstitutionen informiert der AdB in seiner vierteljährlich erscheinenden Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ und anderen Publikationen und Medien, die über die Geschäftsstelle bezogen werden können.

Der AdB wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes durch das Bundesministerim für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

AdB
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Weitere Informationen:

Auf der Homepage sind unter der Internetadresse
www.adb.de
aktuelle Nachrichten über die Aktivitäten des AdB und Informationen über den Verband abrufbar.

Anschriften der Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Stand: Januar 2013

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell
Burg Liebenzell 1A
75378 Bad Liebenzell
www.InternationalesForum.de

Landesakademie für Jugendbildung
Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Malersbuckel 8 – 10
71263 Weil der Stadt
www.Jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung
Baden-Württemberg e. V.
Wiesneckstr. 6
79256 Buchenbach b. Freiburg
www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische Bildung e. V.
Leutfresserweg 81 – 83
97082 Würzburg
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung Tutzing
Buchensee 1
82323 Tutzing
www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof"
Stiftung Sudetendeutsches
Sozial- und Bildungswerk
Alte Euerdorfer Str. 1
97688 Bad Kissingen
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e. V.
Hirtenstr. 16
80335 München
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e. V.
Schloßplatz 8
96215 Lichtenfels
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9 – 11
82431 Kochel am See
www.vollmar-akademie.de

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
Lazarettstr. 33
80636 München
www.hss.de

Bildungszentrum Wildbad Kreuth
der Hanns-Seidel-Stiftung
83708 Wildbad Kreuth

Bildungszentrum Kloster Banz
der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein

Haus Buchenried*)
der Münchner Volkshochschule GmbH
Assenbucherstr. 45
82335 Berg
www.mvhs.de/buchenried

Institut für Jugendarbeit
Germeringer Str. 30
82131 Gauting
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell
Salinenweg 45
83334 Inzell/Obb.
www.Kritische-Akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum
Internationales Jugendgästehaus
Dachau – Pädagogischer Bereich
Roßwachtstr. 15
85221 Dachau
www.jgh-dachau.de

SAMBACHSHOF
vhs-Bildungszentrum
97631 Bad Königshofen
www.sambachshof.de

Berlin

Alte Feuerwache e. V.
Jugendbildungsstätte Kaubstraße
Kaubstr. 9-10
10713 Berlin
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum
Rosenthaler Str. 39
10178 Berlin
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e. V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
www.eab-berlin.eu

OWEN e. V.
Mobile Akademie für Geschlechter-
demokratie und Friedensförderung
Nogatstr. 21
12051 Berlin
www.owen-frauennetzwerk.de

Seminar-Forum in Berlin
Begegnungs- und Bildungsstätte
für Gesellschaft und Politik
Gemeinnützige gGmbH
Franz-Mett-Str. 3 – 9
10319 Berlin
www.seminar-forum-in-berlin.com

Sozialpädagogisches Fortbildungs-
institut Berlin-Brandenburg
Königstr. 36 B
14109 Berlin
www.sfbb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM
Hohenzollernstr. 14
14109 Berlin
www.wannseeforum.de

Brandenburg

Begegnungsstätte Schloss Gollwitz
Schlossallee 101
14776 Brandenburg/OT Gollwitz
www.stiftunggollwitz.de

HochDrei e. V.
Bilden und Begegnen in Brandenburg
Büroadresse: Schulstr. 9
14482 Potsdam
www.hochdrei.org

Jugendbildungsstätte
Kurt Löwenstein e. V.
Haus der außerschulischen Jugendbildung
Freienwalder Allee 8-10
16356 Werneuchen OT Werftpfuhl
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e. V.*)
Waldweg 10
15754 Heidesee/Blossin
www.blossin.de

Schloß Trebnitz
Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.
Platz der Jugend 6
15374 Müncheberg/OT Trebnitz
www.schloss-trebnitz.de

Villa Fohrde
Heimbildungsstätte Villa Fohrde e. V.
August-Bebel-Str. 42
14798 Fohrde
www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen
LidiceHaus gGmbH
Weg zum Krähenberg 33 A
28201 Bremen
www.lidicehaus.de

Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmer-kammer Bremen gGmbH
Zum Rosenteich 26
26160 Bad Zwischenahn
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

HAUS RISSEN HAMBURG

– Internationales Institut für Politik und Wirtschaft –
Rissener Landstr. 193
22559 Hamburg
www.hausrissen.org

Hessen

Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Hansaallee 150
60320 Frankfurt
www.jbs-anne-frank.de

Bildungsstätte Alte Schule Anspach
basa e. V.
Schulstr. 3
61267 Neu-Anspach (Taunus)
www.basa.de

BURG FÜRSTENECK
Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
Am Schlossgarten 3
36132 Eiterfeld
www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Mecklenburgstr. 59
19053 Schwerin
www.akademie-schwerin.de

Politische Memoriale e. V.
Severinstr. 6
19053 Schwerin
www.polmem-mv.de

Niedersachsen

ABC Bildungs- und Tagungszentrum
Bauernreihe 1
21706 Drochtersen-Hüll
www.abc-huell.de

Bewegungsakademie e. V.
Artilleriestr. 6
27283 Verden
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin
– Heimvolkshochschule Goslar e. V. –
Zeppelinstr. 7
38640 Goslar
www.Bildungshaus-Zeppelin.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde e. V.
21369 Nahrendorf-Breese
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar-und Tagungshaus*)
Amtsfreiheit 1 a
27211 Bassum
www.freudenburg-bassum.de

Europahaus Aurich
von-Jhering-Str. 33
26603 Aurich/Ostfr.
www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband
Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt
Arnswaldstr. 6
30159 Hannover
www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.
Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Klosterweg 4
29549 Bad Bevensen
www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V.
Spillmannsweg 30
26871 Papenburg
www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg Sonnenberg-Kreis e.V.
Clausthaler Str. 11
37444 St. Andreasberg/Harz
www.sonnenberg-international.de

Jugendbildungsstätte Emlichheim Grenzlandheim e.V.
Am Grenzlandheim 1
49824 Emlichheim
www.bildungsstaette.com

Jugendkulturarbeit e.V. *)
im Internationalen Jugendprojektehaus (IJP)
Kranbergstr. 55
26123 Oldenburg
www.jugendkulturarbeit.eu

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V.
Rauschenwasser 78
37120 Bovenden-Eddigehausen
www.mariaspring.de

Ostheim e.V. – Jugendbildungsstätte und Tagungsheim
Parkstr. 14
31812 Bad Pyrmont
www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.
Am Bötschenberg 4
38350 Helmstedt
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen
37130 Reinhausen bei Göttingen
www.waldschloesschen.org

Tagungshaus Bredbeck Bildungsstätte des Landkreises Osterholz
An der Wassermühle 30
27711 Osterholz-Scharmbeck
www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggesee – Seminar für Staatsbürgerkunde e.V. –
Ewiger Str. 7–9
57439 Attendorn
www.akademie-biggesee.de

---

aktuelles forum nrw e.V.
Hohenstaufenallee 1–5
45888 Gelsenkirchen
www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
www.azk.de

Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. AKE – Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk e.V.
Südfeldstr. 4
32602 Vlotho
www.ake-bildungswerk.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.
Steinstr. 48
44147 Dortmund
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.
Kronprinzenstr. 15
45128 Essen
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf
www.bildungswerk-stenden.de

---

dbb akademie
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn
www.dbbakademie.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.
Weberstr. 118
53113 Bonn
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.
Südfeldstr. 2–4
32602 Vlotho
www.gesw.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.
Dottendorfer Str. 86
53129 Bonn
www.guez-dokumente.org

Gustav-Stresemann-Institut e.V.
Langer Grabenweg 68
53175 Bonn
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V.
Senner Hellweg 493
33689 Bielefeld
www.haus-neuland.de

Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus Christlich-soziale Bildungsstätte der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.
Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Str.
53639 Königswinter
www.jakob-kaiser.de

IKAB-Bildungswerk e.V./IKAB e.V.
Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung
Poppelsdorfer Allee 92
53115 Bonn
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn e.V.
Schloßstr. 10
51709 Marienheide
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH
Bornstr. 66
44145 Dortmund
www.ibb-d.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e.V.
Rathenaustr. 59 a
45527 Hattingen
www.jubi-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V.
Hauptstr. 487
53639 Königswinter
www.Karl-Arnold-Stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Oeynhausener Str. 1
32602 Vlotho
www.LWL-Bildungszentrum-Jugendhof-Vlotho.de

Salvador-Allende-Haus Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V. – Bildungsstätte
Haardgrenzweg 77
45739 Oer-Erkenschwick
www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V.
Oeynhausener Str. 5
32602 Vlotho
www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst
Teutoburger-Wald-Str. 105
32791 Lage-Hörste
www.imk.verdi.de

---

vogelsang ip gGmbH/Internationaler Platz
Kulturkino
53937 Schleiden
www.vogelsang-ip.de

Willi-Eichler-Bildungswerk e.V.
Rubensstr. 7–13
50676 Köln
www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz
Franz-Hartmann-Str. 9
67466 Lambrecht
www.pfalzakademie.de

Europa-Haus Marienberg
Europastr. 1
56470 Bad Marienberg
www.europa-haus-marienberg.eu

Sachsen

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.
Siedlerstr. 14
09116 Chemnitz
www.asgpolbi.de

Brücke/Most-Stiftung
Reinhold-Becker-Str. 5
01277 Dresden
www.bruecke-most-stiftung.de

Haus Steinstraße e.V.
Verein für Bildung, Kultur und Kontakte
Steinstr. 18
04275 Leipzig
www.haus-steinstrasse.de

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.
Kamenzer Str. 12
01099 Dresden
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA e.V.
Klienebergerplatz 1
02763 Zittau
www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.
Schweizer Str. 58
23714 Bad Malente
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.
Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Niemannsweg 78
24105 Kiel
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
24972 Quern
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg
Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA)
Maienstr. 31
23795 Bad Segeberg
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e.V.
Jugendbildungsstätte Hütten
Herschdorfer Str. 19
07387 Krölpa/Hütten
www.jubi-huetten.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Jenaer Str. 2/4
99425 Weimar
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie
Verein für Bildung e. V.
Jakobstr. 10
99423 Weimar
www.weimar-jena-akademie.de

Mitgliedsorganisationen mit Bildungsstätten oder -werken in mehreren Bundesländern

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
AWO Bundesakademie
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
www.akademie.awo.org

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Politische Akademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de

Kurt-Schumacher-Akademie der FES
Willy-Brandt-Str. 19
53902 Bad Münstereifel
www.kurt-schumacher-akademie.de

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Bereichsleitung Politische Bildung
und Begabtenförderung
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam
www.freiheit.org

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Theodor-Heuss-Akademie
Theodor-Heuss-Str. 26
51645 Gummersbach
www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Referat Zeitgeschichte und
Demokratieentwicklung
Schumannstr. 8
10117 Berlin
www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.
Dortustr. 52
14467 Potsdam
www.boell-brandenburg.de

Internationale
Jugendgemeinschaftsdienste
ijgd-Bundesgeschäftsstelle
ijgd-Bundesverein e. V.
Kasernenstr. 48
53111 Bonn
www.ijgd.de

Internationaler Bund (IB) –
Freier Träger der Jugend-, Sozial-
und Bildungsarbeit e. V.
Zentrale Geschäftsführung
Ressort Bildung und Soziale Arbeit
Valentin-Senger-Str. 5
60389 Frankfurt am Main
www.internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. –
Bereich Politische Bildung
Abteilung Bildungswerke
Urfelder Str. 221
50389 Wesseling
www.kas.de

Bildungszentrum Schloß Wendgräben
der Konrad-Adenauer-Stiftung
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
www.kas-wendgraeben.de

OUTWARD BOUND Deutschland e. V.*)
Berghausstr. 1
87645 Schwangau
www.outwardbound.de

Paritätisches Bildungswerk –
Bundesverband e. V.
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
60528 Frankfurt am Main
www.bildungswerk.paritaet.org

Rosa Luxemburg Stiftung
Gesellschaftsanalyse und Politische
Bildung e. V.
Akademie für politische Bildung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
www.rosalux.de

*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen

Impressum

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22
info@adb.de
www.adb.de

Verantwortlich:
Ina Bielenberg (AdB)

Texte und Redaktion:
Dr. Helle Becker

Layout und Satz:
Willius Design, Berlin

Druck:
Laserline Druckzentrum, Berlin

Bildnachweis:

Archiv des AdB:
Titel, S. 3, S. 7, S. 8, S. 9, S. 10, S. 12, S. 13, S. 14

Von beteiligten Bildungseinrichtungen:

Akademie für Politische Bildung Tutzing
S. 18, S. 19, S. 20

aktuelles forum nrw
S. 5, S. 21, S. 22

Anne Frank Zentrum e.V.
S. 4, S. 24, S. 25

Bildungsstätte Anne Frank
S. 27, S. 28

Internationales Forum Burg Liebenzell e.V.
S. 29, S. 30, S.31

Europahaus-Marienberg
S. 33, S. 33, S. 34, S. 35

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.
S. 36, S. 37, S. 38

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.
S. 4, S. 5, S. 39, S. 40, S. 41

Studienhaus Wiesneck
S. 42, S. 43, S. 44

Aus Bilddatenbanken:

Pixelio
Titel (Pace © Harald Lapp - pixelio.de)

Fotolia
Titel (© Olivier Tuffé - Fotolia.com)

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)

Mühlendamm 3
10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de